

Annonce:
Annahme-Bureaus:
In Posen bei
Hrn. Knyski (C. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4;
in Grätz b. Hrn. L. Strelitz;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig,
Hamburg, Wien und Basel:
Haasenstein & Vogler.

Annonce:
Annahme-Bureaus:
In Berlin
Wien, München, St. Gallen;
Andreas Rose;
in Berlin:
A. Kretzschmar, Schloßplatz,
Kassel, Bern u. Stuttgart;
Dagstuhl & Co.;
in Breslau: A. Seidel;
in Frankfurt a. M.:
G. L. Hanke & So.

Posener Zeitung.

Dreimundseitigster Jahrgang.

Mr. 71.

Freitag, 25. März

Inserate 14 Sgr. die fünfseitige Seite oder
der Raum, Reklamen verhältnismäßig höher,
finden an die Expedition zu richten und werden für
die am derselben Tage erscheinende Nummer nur
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntags täglich erscheinende Blatt beträgt vier-
teljährlich für die Stadt Posen 11 Thlr. für ganz
Preussen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Beim Ablauf des Quartals bringen wir in Erinnerung, daß hiesige Leser für dieses Blatt 1 Thlr. 15 Sgr. auswärtige aber 1 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. als vierteljährliche Prämierung zu zahlen haben, wofür diese mit Ausnahme des Sonntags täglich erscheinende Zeitung durch alle Königlichen Postämter der ganzen Monarchie zu beziehen ist.

Zur Bequemlichkeit des hiesigen geachten Publikums werden außer der Zeitungs-Expedition, auch die Herren Kaufleute

Jacob Appel, Wilhelmstraße Nr. 9.
M. Glassen vorm. C. Malade, Lindenstraße-Ecke 19.
W. Gräber, Berliner- und Mühlenstraße-Ecke.
H. Knäfer, Ecke der Schützenstraße.
H. Seidel, Neustädter Markt Nr. 10.

M. Kantorowicz, Schuhmacherstr. 1.
Victor Giernat, Markt Nr. 46.
Krug & Fabricius, Breslauerstraße Nr. 11.
Adolph Lutz, Wilhelmsplatz Nr. 10.
C. Maiwald, Bädermeister, St. Adalbert 3.

J. N. Leitgeber, Gr. Gerberstraße Nr. 16.
J. Michaelis, Kl. Gerberstraße Nr. 11.
P. Verne, Wallischei Nr. 93.
Jacob Schlesinger, Wallischei Nr. 73.
J. Krupski, Breitestr. Nr. 14.

Max Baer, Schulstraße Nr. 11.
J. Grönau, Kapitaplatz Nr. 7.
Wittwe O. Loh, Bronnerstraße Nr. 13.
Robert Seidel, St. Martin Nr. 23. und
M. Eisewski, Schützenstraße 23.

Pränumerationen auf unsere Zeitung pro II. Quartal 1870 annehmen, und wie wir, die Zeitung am Nachmittage um 5 Uhr ausgeben.

Posen, im März 1870.

Die Expedition der Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 24. März. Se. M. der König haben Allerhöchst geruht: Dem Rechtsanwalt und Notar Justiz-Rath Voeltz zu Danzig den Roten Adler-Orden 3. Kl. mit der Schleife; dem Gymnasial-Oberlehrer Professor Dr. Kleine zu Weißlau, dem Arkanisten der Kgl. Porzellan-Manufaktur in Berlin, Dr. phil. Elsner, dem Polizei-Rath Mannkopff zu Stettin, dem Rechnungs-Kammer-Rath Peiffer zu Wiesbaden, dem Hof-Rath Führer zu Kassel, dem Kreissteuer-Ginnheimer, Rechnungs-Rath Liebisch zu Münsterberg, und dem Sekretär Ziehe bei der Finanz-Direktion in Hannover den Roten Adler-Orden 4. Kl.; dem Rittergutsbesitzer Spaeth auf Groitz-Dresden, Kt. Labiau, den Kgl. Kronen-Orden 4. Kl.; dem vormaligen Kreis Schulzen Teitge zu Dannenfeld, Kt. Gardelegen, das Kreuz der 4. Kl. des Kgl. Haus-Ordens von Hohenzollern; sowie dem Schifferschiff Camman zu Rendorf, Kt. Duisburg, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Der Diätarius Baude ist zum Geh. Registratur und der Kopist Warnecke zum Geh. expedient Sekretär und Kalkulator bei dem Kgl. Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ernannt worden. Der mit Wahrnehmung der ersten Lokal-Baumbeamtenstelle der Militär-Verwaltung für Berlin und Charlottenburg beauftragte Kgl. Baumeister Steiner ist zum Kgl. Bau-Inspektor ernannt worden.

Der Referendar Eels zu Hildesheim ist zum Advokaten mit Anstellung seines Wohnsitzes in Göttingen ernannt worden.

Giskra.

In Wien gehen wieder Gerüchte von einer Ministerkrise um, als deren erstes Opfer der Minister des Innern Dr. Giskra, genannt wird. Den Grund will man in den Misshandlungen erblicken, welche im Schoße des zisleithanischen Ministeriums entstanden sind und davon Ausgangspunkt die Wahlreform ist. Giskra dringt darauf, daß die Wahlreformvorlage noch in dieser Session zur verfassungsmäßigen Erledigung vor den Reichsrath gebracht werde; seine Kollegen haben damit keine Eile und halten es für gleichgültig, ob die Frage in näherer oder entfernterer Zeit entschieden wird. Dazu kommt, daß Graf Beust, der in der Angelegenheit der Türkenloose vom zisleithanischen Ministerium eine empfindliche Schlappe erlitten hat, da er es durch kein Mittel erreichen konnte, daß das Verbot des Handels mit Türkenlosen an der Börse aufgehoben würde, nun ein Stückchen Revanche spielt und der Wahlreform feindlich entgegentritt.

Und von diesem Chaos der Verwaltung erwarten Optimisten eine Regeneration des morschen Kaiserstaats! Das zisleithanische Ministerium in sich ist zerklüftet und gespalten, und steht als Ganzes wiederum mit feindlicher Stirn dem Reichsministerium gegenüber.

Giskra hatte durch die Energie, mit welcher er gegen den Föderativstaat Front machte, für einen Augenblick das Übergewicht im Ministerium erhalten; er hatte mit stolzer Ablehnung jeden Kompromiß mit den widerstreitenden Nationalitäten zurückgewiesen — man glaubte an seine Ausdauer in diesem Kampfe und erwartete von ihr Erfolg, aber man hat sich später getäuscht. Bald begann er mit den polnischen „Resolutionisten“ zu verhandeln, um mit ihrer Hilfe die czechischen „Deklaranten“ zu isolieren und zu bewältigen; dann wieder lud er die „Deklaranten“ ein, um mit ihnen einen Kompromiß zu bewerkstelligen. Nach beiden Seiten hin hat er Fiasko gemacht; die „Resolutionisten“ debattieren zwar mit ihm, aber ohne Erfolg und schon drohen sie, die Verhandlungen abzubrechen; die „Deklaranten“ kamen erst gar nicht; sie bedankten sich mit spitzer Höflichkeit für die Invitations, wobei sie in unverhohler Weise aussprachen, daß sie von Unterhandlungen mit Giskra keinerlei Erfolg sich versprechen könnten.

So steht nun der „erzgestirnte“ Minister, der einstige begeisterte Redner der Paulskirche, der Märtyrer des Bachschen Regiments einsam und verlassen da, seine eigene Partei hat das Vertrauen in ihn verloren, und vor den Gegnern hat er sich auch den letzten Rest von Respekt vergeben, da sie von seiner hervorragendsten und gefährlichsten Eigenschaft, der Energie, klein zu denken gelernt haben.

Doch es ziemt sich, auch gegen die im Falle begriffene Große Gerechtigkeit zu üben. Nicht in seiner Person liegt der Grund seines Fiaskos, sondern in der unmöglichen Aufgabe, die er sich gestellt. An Begabung, Redlichkeit und Überzeugungsmuth steht vielleicht keiner von den Ministern, die Österreich seit fünfzig Jahren gelenkt haben, höher als Giskra. Es fehlt ihm lediglich an diplomatischer Schniegksamkeit. Es ist kein Diplomat der freien Hand, sondern ein Diener und Herold seiner Prinzipien — eine Eigenschaft, die überall, nur nicht in Österreich, zum Ziele führen kann, dessen disparate Stammes-elemente sich niemals unter den Anschaunungen und Grundsätzen eines Einzelnen beugen werden.

Auch die Wahlreform, welche direkte Wahlen mit dem Schmerlingschen Gruppenystem kombiniert, wird die Kluft zwischen den zerstiebenden Atomen des Kaiserstaats nicht überbrücken. Seitdem Ungarn seine eigenen Wege geht, ist in der diesseitigen

Reichshälfte eine dauernde, allseitig bestiedigende Verfassung unmöglich geworden. Die Wucht eines großen Staatesganzen hätte noch am ehesten einen Zwang auf renitente Theile ausüben können; Cisleithanien allein ist zu schwach; wenn die Czechen die Gemeinschaft aussagen, so ist der zurückbleibende Theil nicht im Stande, die Renitenten zu zwingen, denn er ist der geringere. Die diesseitige Reichshälfte ist nicht klein genug, um unter einer uniformen Regierung, unter ein festgefügtes Zentralisationsystem gebracht zu werden, und nicht mehr groß genug, um einen lebenskräftigen, auf dem Gleichgewicht der verschiedenen Nationalitäten beruhenden Bundesstaat zu bilden. An diesem Dilemma geht auch die bedeutendste staatsmännische Kraft zu Grunde, denn es birgt in sich den Tod. Ihn hinauszuschließen vermag man wohl, wenn man mit den einzelnen Nationalitäten sich in einen Handel einläßt und mit ihnen den Preis stipuliert, um welchen sie noch länger in dem Gesamtstaat verbleiben wollen. Aber dieser Preis wird immer höher geschaubt werden, so oft die Regierung in eine neue Verlegenheit gerät, und zuletzt führt er doch auf eine heillose Zersplitterung der Staatsbestandtheile unvermeidlich hinaus. Was nützt es andererseits, über die Renitenten einen permanenten Belagerungszustand zu verhängen, wie es in der Absicht Giskras ursprünglich zu liegen schien? Ein durch die Bande der Gewalt zusammengeschweißter Staatsorganismus ist ein Unding, das nicht den folgenden Tag überlebt.

Man könnte wähnen, Umgang sei der feste Punkt, an den sich die wiener Regierung anlehnt und von dem aus sie die widerstreitenden Elemente wieder in das ruhige Geleis staatlicher Gemeinsamkeit zurückbannen könne. Aber werden denn die Ungarn auch nur einen einzigen Schritt für Cisleithanen thun, ohne sich dafür durch Konzessionen reichlich bezahlen zu lassen?

So bleibt, wohin die Regierung schaut, ihr nur das Mittel der Konzessionen übrig. Immer und immer wieder Zugeständnisse zu machen — daran reibt sich zuletzt auch die frischeste elastischste Kraft auf. Auch Giskra muß an dieser Notwendigkeit alle seine Pläne scheitern sehen. Mit dem drückenden Bewußtsein, daß er das chaotische Staatsmosaik des österreichischen Kaiserstaats auch nicht um eines Juizes Breite einer innerlich festgefügten Zentralisationsgestaltung näher gebracht, wird er von seinem Posten abtreten, aber er darf sich sagen, daß dasjenige, was er mit eiserner Redlichkeit und Hingabe erstrebt und — verfehlt hat, auch wohl keinem seiner Nachfolger gelingen wird. Es ist ein trauriger Schlusstrain, mit dem jede österreichische Ministerkareere endigt, dieses stereotype: Non possumus!

des Norddeutschen Bundes einerseits und Südhessen andererseits die kostfreie Besorgung gerichtlicher Zustellungen zu erfolgen hat, in Kraft bleiben. Die Vorlegung des Vertrages an die parlamentarischen Vertretungen wird von Denkschriften begleitet sein, in denen dieser übereinstimmenden Meinung Ausdruck gegeben werden soll. Im Übrigen umfaßt der Vertrag 48 Paragraphen in 3 Abschnitten, von der Rechtshilfe in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in Strafsachen und allgemeine Bestimmungen. — Es wird uns von unterrichteter Seite die Nachricht als irrig bezeichnet, wonach bereits neue Aktien der bergisch-märkischen Eisenbahn in Circulation gesetzt worden seien. Der Geldbedarf der Bahn beläuft sich auf 45 Millionen Thlr. Derselbe soll durch eine neue Emission von Aktien im Betrage von 25 Millionen und durch Ausgabe von Obligationen in Höhe von 20 Millionen beschafft werden. Die neue Emission soll den Aktionären zum Parikurs und zwar in sehr geräumigen Graden für die Einzahlung überlassen werden. In Bezug auf die Gotthardbahnangelegenheit verlautet, daß die Verhandlungen mit den schweizer Interessenten sich noch bedeutend in die Länge ziehen und also die Aussicht, die Angelegenheit noch in der diesjährigen Reichstagssession abgewickelt zu sehen, nicht eben näher gerückt ist. In nächster Woche sollen in Köln Konferenzen zwischen den Delegirten des Gotthardkomites und den beteiligten diesseitigen Eisenbahnverwaltungen stattfinden.

Die gestern erwähnte Deputation der rheinischen Handelsgerichte hat hier bei sehr zuvorkommender Aufnahme die Sicherung erhalten, daß die rheinischen Institute volle Berücksichtigung erfahren würden.

○ Berlin, 24. März. [Vom Hofe. Jurisdiktionsvertrag mit Hessen. Dementi. Gotthardbahnen.] Die Deputation rheinischer Handelsgerichte. Am Hofe herrscht eine ungemein frohe Stimmung über die großen Ehrenbezeugungen, welche dem Könige zu seiner neulichen Geburtstagsfeier seitens der deutschen Fürsten dargebracht worden sind. Mit Ausnahme des bayrischen und des mecklenburg-strelitzischen Hofs, waren alle regierenden deutschen Fürstenhäuser durch Familienmitglieder vertreten: Baden durch den Großherzog, Württemberg durch den Prinzen Wilhelm, Hessen durch den Prinzen Heinrich, Sachsen durch den Prinzen Georg und die übrigen Staaten des Norddeutschen Bundes fast alle durch die Souveräne. Die fürtstlichen Gäste haben bereits alle Berlin wieder verlassen. Der Großherzog von Oldenburg gab gestern vor seiner Rückreise noch ein größeres Diner im „Hotel Royal“, welchem der Herzog Clemens, der Vertreter Oldenburgs am hiesigen Hofe, Geh. Rath Dr. v. Liebe, die oldenburgischen Reichstagsmitglieder und die hierher kommandirten oldenburgischen Offiziere bewohnten. Der Großherzog und die Frau Großherzogin von Sachsen-Weimar sind noch hier verblieben und waren heute im Reichstage anwesend. — Der zwischen dem Norddeutschen Bunde und dem Großherzogthum Hessen wegen wechselseitiger Gewährung der Rechtshilfe am 18. d. M. hier unterzeichnete Vertrag entspricht im Großen und Ganzen dem mit Baden abgeschlossenen Jurisdiktionsvertrage. Eine eigenartige Bestimmung in dem hessischen Vertrage geht dahin, daß in den Beziehungen der großherzoglich-hessischen Gerichte nördlich und südlich des Mains untereinander es bei dem bestehenden Rechte insoweit sein Bewenden behält, als durch dasselbe die Gewährung der Rechtshilfe, insbesondere die Verpflichtung zu Auslieferungen in weitem Umfange durch den Vertrag begründet wird. Ferner haben sich die Kontrahenten dahin verständigt: 1) daß sich die Bestimmung des Vertrages über die Durchführung von Personen, auch auf solche Personen erstreckt, welche Angehörige des Staates sind, durch dessen Gebiet die Durchführung erfolgt; 2) daß diejenigen Verabredungen, auf Grund deren zwischen Staaten

im Fall ihrer Einbuße als wirkliche Feldzeichen zu gelten, weder die Nationalfarben, noch irgend eine nähere Bezeichnung ihres Truppenkorps führen dürfen. Ganz ähnlich verhalten sich auch die russische, die italienische, dänische und mehrere andere kleine Armeen. Nur die süddeutschen Truppen besitzen noch pr. Bataillon ebenfalls eine Fahne. Gegenüber der so allgemein durchgeführten Veränderung wird jedoch wohl auch bei ihnen wie bei der norddeutschen Armee eine Verminderung der Feldzeichen Platz greifen müssen, da für den Fall eines Krieges mit einer der genannten Mächte der beiderseitige Einfahrt an solchen doch zu ungleich erscheinen möchte. Das jetzige Verhältniß der Zuteilung einer Fahne zu jedem geschlossenen Bataillon stammt übrigens in der preußischen Armee erst aus der Zeit nach den Befreiungskriegen und sind damals an alle 1813 neuerrichteten Truppenteile die Fahnen erst 1815 bei der großen Fahnenweihe in Paris ertheilt worden. Als Regel galt, daß die leichten Truppen, die Fußtruppe, Jäger, Husaren und Ulanen entweder überhaupt keine eigenen Feldzeichen führten, oder dieselben doch nicht mit ins Feld nahmen, und möchte sich die Erneuerung dieser Bestimmung auch jetzt wieder empfehlen.

Der „St.-Anz.“ veröffentlicht die Konzessions- und Bestätigungsurkunde für die „Breslau-Warschauer Eisenbahngesellschaft“ (Preußische Abteilung: Delo-Polnisch-Wartenberg-Kempen-Podgajce) vom 12. März cr. und das Gesetz vom 7. März, betr. einen Zufüg zu dem Gesetze vom 17. Febr. 1868 wegen Aufnahme einer Anleihe von 40 Millionen Thlr. zur Deckung von Vorschüssen für Eisenbahn-Anlagen, zur Beschaffung von Betriebsmitteln für die bereits bestehenden Eisenbahnen und zur Erweiterung des Eisenbahnnetzes.

Gegen die Beibehaltung der Todesstrafe wird gegenwärtig von mehreren Seiten Material beigebracht, welches unstreitig ein großes Interesse hat. Am interessantesten aber ist wohl der bis jetzt, wie es scheint, ganz überschene Umstand, daß auch das Justizministerium selbst einen Beitrag dazu ließerte, wie er schlagender für die Sache Derjenigen, welche die Todesstrafe bereitigt wissen wollen, wohl nicht beigebracht werden kann. Die Anlagen, welche den Motiven zum Strafgesetzentwurf beigegeben sind, enthalten u. A. auch eine Zusammenstellung der in der Provinz Hannover in der Zeit vom 1. November 1840 bis Ende 1866 gefällten Todesurtheile. Dieselben belaufen sich auf 140, von welchen 38 vollstreckt worden sind. Dieser Zusammenstellung ist dann noch eine Anmerkung beigegeben, in welcher es wörtlich heißt: „Die nicht vollstreckten Todesurtheile sind bis auf 6 — in lebenslängliche und zeitige Freiheitsstrafen verwandelt. Jene 6 sind: ein Mörder (1844) starb vor der Vollstreckung und ein Raubmörder (1854), dessen Unschuld später sich herausstellte, erhängte sich, zwei Brandstifter entlebten sich (1850 und 1853) und zwei entwichen (1853 und 1865).“ Also ein Raubmörder, dessen Unschuld sich später herausstellte, d. h. nachdem er sich entlebt und dadurch seine Hinrichtung unmöglich gemacht hatte! Man fühlt ein Grauen, wenn man das liest.

Der Konsolidation der preußischen Staatsanleihen steht bei vielen Inhabern der Umstand entgegen, daß sie ihre betreffenden Obligationen der Staatsfasse als Käutionen verpfändet haben. Die Schuldenthebe, welche in Zeitungs-, Amts- und Pacht-Käutionen niedergelegt, sowie diejenigen, welche von den Brenner- und Zuckerfabrikbesteuren wegen der Steuer-Kreditgewährung dem Steuerfus verständet sind, betragen ganz enorme Summen. Wie die „Rhein. A.“ hört, haben die Besitzer solcher Obligationen mehrheitlich beim Finanzministerium Anträge gestellt, die Behörden anzusehen, daß sie auf Verlangen den Umtausch gegen konsolidierte Obligationen zulassen, bzw. selbst befordern. Es wird deshalb eine Birkularverfügung zur Erfüllung dieser Anträge erlassen werden.

In Koblenz bei Solingen haben 40 Stoffleisen-Arbeiter die Arbeit eingestellt, weil sie sich nicht länger dem dort herrschenden verkappten Truck-shop (Bauung der Arbeiter mit Waren), unterwerfen wollen. Der Arbeitgeber unterhält zwar nicht selbst den Laden, hat aber gewöhnlich seinen nächsten Verwandten etabliert. Wollen sich nun die meist verheiratheten Arbeiter nicht der Gefahr der Entlassung aussetzen oder schlechtere Arbeit erhalten, so müssen sie ihre Bedürfnisse aus diesen Läden beziehen; am Ende der Woche ist der Fabrikant inzwischen in den Besitz des Kreditbuches gelangt und zahlt die Arbeiter nach Abzug der darin verzeichneten Schulden aus. — Wie aus Süden gemeldet wird, stellten in Forst die Arbeiter von 6 größeren Fabriken die Arbeit ein.

Aus Bückeburg, 22. März, berichtet das „Bückeburger Tageblatt“: Wie man sich erinnern wird, wurde vor längerer Zeit das brutale Verfahren zweier Unteroffiziere gegen Recruten gerügt, indem sie letztere um den heißen Ofen herum hatten knien lassen u. c. Infolge dessen ist Untersuchung gegen jene beide eingeleitet worden und wie wir verneh-

men, lautet das endgültige Urteil dahin: Unteroffizier Rudolf 13 Monate, Unteroffizier Pfalz 10 Monate Strafkompagnie.“

Der Kongress der Sozialdemokraten von der Fraktion Liebknecht wird am 4., 5. und 6. Juni d. J. (Pfingsten) in Stuttgart stattfinden.

Fehr. v. Richthofen, Sohn des früheren l. preußischen Gesandten in Hamburg, als Referendar beim altoner Amtsgericht thätig, ist zum Gesandtschaftsattaché in Peru (Lima) designirt.

Elbing, 22. März. Der Prozeß der Kommune gegen die l. Bantkommande auf Nachzahlung der Kommunalsteuer für die Jahre 1865 und 1866 ist auch in zweiter Instanz gewonnen. Obwohl es immerhin noch möglich ist, den Kompetenz-Konflikt zu erheben, dürfte ein solches Verfahren, nachdem zwei rechtkräftige Urtheile preußischer Gerichtshöfe vorliegen, kaum eingeschlagen werden. (E. B.)

Hanau, 20. März. Kürzlich war von hier aus in der „Hess. Volksztg.“ ein Artikel veröffentlicht, in welchem der hiesige Landrat v. Schröter angegriffen wurde, indem von ihm gesagt war, man wisse gar nicht, ob er ein Jude oder ein Christ sei, eine Synagoge oder Kirche je hier besucht habe. Bei gerichtlicher Vernehmung der hiesigen Geistlichen hat sich nun Pfarrer Neuber hier selbst als Verfasser jenes Artikels namhaft gemacht. — Neuerdings meldet die „Hess. Volksztg.“, der Superintendent Neuber habe v. Schröters Ansinnen, für nächsten Sonntag Neuber das Predigen zu verbieten, abgelehnt. (E. B.)

Stuttgart, 24. März. (Tel.) Die Leitung des Kultusministeriums wurde interimistisch dem Oberregierungsrath Römer übertragen. — Das bereits erwähnte königl. Dekret betreffend die Vertagung der Kammer lautet wie folgt:

Nachdem wir unsern Ministern befohlen haben, den Haupfinanzetat für 1870 bis 1873 in der Absicht der Erzielung der möglichsten Einsparungen, namentlich im Kriegswesen, einer erneuten Prüfung zu unterwerfen, finden wir uns bewogen, die Standversammlung hiermit zu vertagen. Wir behalten uns vor, dieselbe wieder einzuberufen, sobald die Vorarbeiten für die Beratung des Haupfinanzetats entsprechend gefordert sind.

Deutschland.

Wien, 22. März. Über den Stand der Wahlreformfrage und die daraus hervorgegangene Ministerkrise liegen jetzt von verschiedenen Seiten Mittheilungen vor; es ergibt sich aus der Vergleichung derselben Folgendes. Das Ministerium hatte die aus den Abgeordneten-Konferenzen beim Minister Gisela hervorgegangene Wahlreformvorlage (Verdoppelung der Abgeordnetenzahl mit Beibehaltung des Gruppensystems) vor Kurzem dem Kaiser überreicht, um die Ermächtigung zu erhalten, den Entwurf im Reichsrathe einzubringen. Zur Beratung der Angelegenheit fand nun am Sonnabend (19.) unter Vorsitz des Kaisers ein Ministerrath statt. Der Kaiser soll der „Presse“ zufolge bei dieser Gelegenheit den Ministern in eben so höflicher als entschiedener Form seine Bedenken darüber geäußert haben, daß sie eine Frage von so hoher Bedeutung und von solcher Wichtigkeit für das gesamte Verfassungsleben in Privatversammlungen, Abgeordneten-Konferenzen und Theezirkeln früher zur Sprache gebracht hätten, als im Ministerrath. Er soll sich dabei namentlich auf den vollkommen konstitutionellen Brauch berufen haben, wie er in Ungarn zu Hause ist, wo keine irgendwie bedeutende Frage von den Ministern in die Klubs und Abgeordnetenkongressen gebracht wird, wenn sich das Kabinett nicht im voraus der Zustimmung der Krone vergewissert hat. Unmittelbar darauf wurde die Sitzung aufgehoben. Der Kaiser verzog seine für Sonntag Abend anberaumte Abreise nach Osten. Die Minister beriehen Sonnabend und Sonntag untereinander über die Sachlage. Der Kaiser hatte sich nämlich, wie man hört, für eine Wahlreform auf Grund direkter Wahlen ausgesprochen, und außerdem die Bedenken einiger Minister, namentlich des Justizministers Herbst, gegen die Kompetenz des Reichsraths gestellt. Am Sonntag (20.) ist nun im Ministerrath folgender Beschluß gefasst worden: Da es ein sehr wichtiges Interesse ist, daß die Zeiteinteilung für die Aktion des Reichsraths, der Delegationen und der Landtage endlich geordnet werde; da die Wahlreformfrage längere Verhandlungen in Anspruch nehmen würde; da aber die Reichsraths-Sesston nicht über Ostern hinaus aus-

gedehnt werden soll, wenn vorbesagte Zeiteinteilung endlich begonnen werden will, so ist: die Wahlreformfrage zu vertagen; im Reichsrath ein Gesetz einzubringen, wonach das Notwahlsgesetz für das Parlament auch auf einzelne Wahlbezirke angewendet werden kann, wenn der Abgeordnete eines Bezirks sein Mandat im Reichsrath nicht ausübt; schließlich aus der Wahlreformfrage für jetzt keine Kabinetts- und keine Portefeuille-Frage zu machen. — Gestern (21.) hat der Minister-Präsident v. Hasner dem Kaiser in diesem Sinne berichtet, und da der Vortrag Zustimmung fand, hat der Minister des Innern Dr. Gisela, der für die unvermeidliche Behandlung der Wahlreform eintritt, seine Entlassung erbeten und nach der „M. Fr. Pr.“ gegründete Aussicht, dieselbe zu erhalten. Indessen wird derselbe noch bis zum Schluss des Reichsraths-Sesstons die laufenden Geschäfte besorgen, während die anderen Minister im Amte bleiben.

Die Tarif-Kommission der Sezession hat während der Streiks den Sezern, welche verheirathet sind, wöchentlich 8, den unverheiratheten 5 fl. verabreicht. Zu dieser Zahlung, welche in den letzten zwei Wochen schon sehr zahl zu steigen begann, reichten die von den sozial-demokratischen Arbeitern hierher gesendeten Unterstützungen nicht aus, die Kommission mußte 28.000 fl. Schulden kantabre, welche die Gehilfen jetzt abgezogen haben, die sich jeder von ihnen für seinen Theil bei Speisewirthen, Wohnungsmietern u. s. w. noch aufgeladen haben mag, natürlich nach und nach zurückzahlen müssen. Gegen 200 Gehilfen sind, ohne das Resultat des Streiks abzuwarten, ausgewandert.

Frankreich.

Paris, 22. März. Die „France“ meldet, gegenüber der Sicherung anderer Blätter, der Marquis von Banneville habe gar keine offizielle Antwort von der päpstlichen Regierung auf Darus Note mitgebracht, sondern er sei blos beauftragt worden, der französischen Regierung mündliche Auskünfte zu überbringen, welche einer in artigen Ausdrücken eingewickelten Ablehnung der Kurie, einen speziellen Vertreter Frankreichs beim Konzile zuzulassen, gleichkommen. Marquis de Banneville, der den Kaiser bisher nur in Gegenwart des Ministers des Außenlands gesprochen hat, wird schwerlich nach Rom zurückkehren. Es ist selbst wahrscheinlich, daß während der ganzen Dauer des Konzils weder er noch ein anderer Botschafter Frankreichs in Rom vertreten werde. Ein einfacher Legationssekretär würde in Rom zur Vorbereitung der laufenden Geschäfte während dieser Zeit zurückbleiben. — Wie es in den offiziösen Kreisen heißt, wird der Senatsbeschluß, der dem Senate vorgelegt werden soll, auch die Abschaffung des Artikels 12 und 33 der Verfassung verlangen. Dieselben lauten:

Art. 12. Der Kaiser hat das Recht, in einem oder in mehreren Departements den Belagerungszustand zu erklären, mit dem Vorbehalt, daß er den Senat davon benachrichtigt. — Art. 34. Im Falle einer Auflösung des gesetzgebenden Körpers und bis zu dessen neuer Verfassung sorgt der Senat auf den Antrag des Kaisers für alle dringlichen Maßregeln, welche der Gang der Regierung notwendig erfordert.

Der „Franzais“ ist in der Lage, zu erklären, daß Maréchal Mac Mahon aufgehört hat, Gouverneur von Algerien zu sein; der Maréchal sei bei der ersten Nachricht von dem Ergebnisse der Interpellation, seine Entlassung zu nehmen entschlossen gewesen; die telegraphische Verbindung sei aber unterbrochen gewesen und er habe daher mit dem Postdampfer sein Gesuch gefordert; das Kabinett habe ihn nun gebeten, seine Stelle wenigstens momentan zu behalten, der Maréchal aber sei bei seinem Entschluß geblieben. Der Untergouverneur von Algerien, General Durrieu, der in Paris war, ist nun nach Algerien zurückgekehrt und seine Reise steht mit Mac Mahons Rücktritt in Verbindung. — Nicht nur Buffet, sondern auch Ollivier hat in Übereinstimmung mit seinen Kollegen den von Djemil Pascha und Fürst Metternich dringend unterstützten Baron Hirsch ein für allemal mit seinem Verlangen abgewiesen, die Türkenseen zur offiziellen Kotirung an der Börse und die Einladung zur Subskription durch Zeitungen und öffentliche Anschläge zu

Theater.

Nichts in der Welt läßt sich schwerer ertragen,
Als eine Reihe von schönen Tagen —

An diese Klage Göthets erinnerte uns die Stimmung und Haltung des Publikums in der jüngsten Gastvorstellung des Hrn. Ferdinand Dessoir. Diese ununterbrochene Folge kleiner Konfitüren, die der Guest uns bei seinem bisherigen Auftreten vorgesetzt hat, fängt an, den Gaumen abzustumpfen und eine begründete Sehnsucht nach soliderer Kost zu erwecken. Das Theaterpublikum in Posen ist nicht so zahlreich, daß es sich jeden Abend aus anderen Elementen zusammenfest, denen die Spielweise des Gastes als eine neue erscheinen könnte; man bemerkt im Gegenthil im ersten Rang und im Parterre meistens dieselben Physiognomien; vorgestern schauten sie alle schon etwas ermüdet und abgespannt drein, denn sie hatten nun die Eigenthümlichkeit des Künstlers, der ja doch in diesen dramatischen Kleinigkeiten, Schwänken, Posse und Charakterbildchen nur immer die nämliche Art von Virtuosität entwickeln kann, vollkommen kennengelernt. Andererseits ist unser Theaterpublikum mit diesem Repertoiregenre so vertraut, daß ihm die Sujets selber absolut nichts Neues bieten. Escheint daher die Forderung nicht begründet, daß Hr. Dessoir nun auch einmal mit einer größeren und schwierigeren Leistung vor uns trete, an der wir seine schaafende Künstlerarbeit, seine Kunst und nicht seine Künste bewundern können?

Nicht als ob wir die Vorteile erkennen wollten, die der Künstler auch in diesen kleinen Rollen entwickelt hat, sondern weil wir genau wissen, daß Hr. Dessoir in seinem Repertoire noch ganz andere, wirklich künstlerische Leistungen aufzuweisen hat, geben wir unsern Bedenken Ausdruck, zumal die Posse mit Gesang schon darum nicht Hrn. Dessoirs Stärke ist, weil ihm — Apoll der „Lieder führen Mund“ versagt hat. Couplets aber sind ja nicht zum Deklamiren, sondern zum Singen da. Wie Papier Schnitzel, die gelegentlich vom Schreibtisch eines großen Autors abfallen und dann noch manche Journalspalte als Offenbarungen eines großen Genius füllen, so kommen uns diese Miniaturliederchen des Hrn. Dessoir vor. Der Medizinalrath Keppel in Görners Lustspiel „Eine kleine Erzählung ohne Namen“, „Rentier Bademack“ in Wilckens „Elzevir“ und „Kreisrichter Krausenmel“ in der Kalisch-Langerischen Posse „Ein Berliner in Wien“ (welche letztere noch überdies in ihren Pointen antiquiert und trivial geworden ist) sind ja ganz ansprechende Leistungen und erweisen besonders das Talent des Künstlers, in

jeder Rolle als ein anderer zu erscheinen, wiewohl „Krausenmel“ mit dem „Bierzehnten“ in den „Unglücklichen“ eine unverkennbare Gattungähnlichkeit aufwies, aber den Künstler zeigen sie nur in sehr bescheidenem Maße; sie sind Zeugnisse eines allezeit schlagfertigen Virtuosenthumus. Möge uns Herr Dessoir größere künstlerische Intentionen, die er zweifelsohne hat, aufweisen; wir werden dann mit rückhaltloser Anerkennung seinen Talente Gerechtigkeit widerfahren lassen können.

Wir zweifeln nicht, daß wir hiermit den Wünschen unseres Theaterpublikums Ausdruck geben, ebensoviel, wie wir der Zustimmung zu entbehren glauben, wenn wir tendenziöse Improvisationen von der Bühne verbannt sehen möchten. Das Terzettensouplet im „Berliner in Wien“, das überdies mit auffallender Unlust und Inkorretheit gesungen wurde, wirkte besonders peinlich durch die Strophe: „Das Theater in Posen soll polnisch jetzt wer'n, da bekommt es statt eines nun viele Herrn“; die Szene ist nicht dazu da, um die öffentliche Meinung durch delikate Eingespülungen zu verwirren, am wenigsten, wenn diese — nicht witzig sind. —m.

Der Leipziger Theaterskandal.

Wir berichteten bereits vor einem Wochen über den Konflikt zwischen Heinrich Laube, dem gegenwärtigen Theaterdirektor des Leipziger Stadttheaters, und Dr. Rud. Gottschall, welcher die Theater-Regeneration für das „Leipz. Tageblatt“ schreibt. Seitdem schien es, als sei der Friede zwischen den beiden Literaturgrößen stillschweigend wieder hergestellt worden, indessen war dies nur ein Waffenstillstand. Ein neuer Skandal hat die Angelegenheit zu einem großartigen Standal erweitert, welcher eine unbeschreibliche Aufregung in Leipzig hervorruft. Der „Nat. Blg.“ wird darüber unterm 21. März von Paul Lindau folgendes geschrieben:

Vor einem Wochen brachte die „Augsb. Aug. Blg.“ aus unbekannter Feder einen Artikel über die hiesigen Theater-Verhältnisse, in welchem der Laubchen-Leitung die wärme Anerkennung ausgesprochen, gleichzeitig aber Gottschall kritische Thätigkeit auf das heftigste angegriffen wurde: in einem Ton, welcher sonst in der „A. A. B.“ nicht üblich ist. Gottschall, der selbst jahrelang für das Cotta'sche Blatt gearbeitet hat und, abgesehen von allem anderen, schon aus diesem Grunde, auf eine respektvollere Behandlung Anspruch machte, fühlte sich durch diesen Angriff beleidigt, umso mehr, als er glaubte, daß jener Artikel entweder von Laube selbst geschrieben oder wenigstens mit dessen Wissen und Willen veröffentlicht worden sei. Laube stellte dies auf das Entschiedenste in Abrede. Genug, das erlöschende Feuer des Hauses erhielt neue Nahrung und loderte wieder in hellen Flammen auf.

Nach der Aufführung des „Tell“ in fast durchweg neuer Besetzung schrieb Gottschall im „Tageblatt“ eine Kritik, die sich nicht sowohl gegen die Besetzung der Rollen im „Tell“ wie gegen die ganze Laubchen-Dramaturgie richtete. Er eiferte gegen diesen „Rollen-Karneval“, gegen den „dressierten Nachwuchs“, worunter wohl die von Laube herbeigegogenen und geförderten künstlerischen Kräfte verstanden werden sollten, die ganze Aufführung kam

ihm vor, wie „eine Oper, in der der Bassist das Sopran solo, der Tenor Bass und der Soprano Tenor singt“, sie erinnerte ihn an die „Sommerbuden“, wo in allen Bällen herumgespielt wird. — Nach der Kritik des „Tageblattes“ mußte es also scheinen, als ob die Aufführung des „Tell“ eine durchaus verfehlte gewesen, während sie doch vom Publikum günstig, stellenweise sogar mit großem Beifall aufgenommen worden war. In einem gleichen beispieligen Sinne äußerten sich auch die Kritiker in anderen hiesigen Blättern; das „Fremdenblatt“ ging einen Schritt weiter; es lobt nicht nur die Aufführung, sondern wandte sich direkt gegen den Kritiker des „Tageblattes“ in einer nicht passenden Weise. Gottschall ist der Kühne, darauf zu antworten, entbunden worden. Mittags erschien die Kritik des „Fremdenblattes“, am Abend erhielt der Verfasser derselben, Dr. Adolf Silberstein, von Hrn. Herzfeld, welcher den „Tell“ gespielt hatte, im Doyer des Theaters einen Faustschlag in das linke Auge.

Weißhalb? Fühlte sich Herr Herzfeld in seiner künstlerischen Ehre beleidigt? Die Kritik des „Fremdenblattes“, welche die künstlerische Darstellung des „Tell“ durch Herrn Herzfeld in vollstem Maße anerkannte, dieses dadurch wesentlich einschränkte, daß sie der Laubchen-Leitung und der Vorbereitung der Rollen durch die Laubchen-Bertragsschreiber einen erheblichen Theil an dem Erfolg zu zugeschrieben, möchte zu einer solchen Deutung Veranlassung geben. Es ist in der That kränkend für einen Künstler, der eben einen glänzenden Erfolg gehabt hat, wenn man ihm zwar die Thatache des Erfolgs zugesteht, ihm aber gleichzeitig zu verstecken giebt, daß die Rose nicht auf eigenem Beet gewachsen ist. Aber nicht diese Schmälerung des künstlerischen Verdienstes hatte Hrn. Herzfeld gekränkt; er erblickte in jener Kritik eine Kränkung nicht seiner künstlerischen, sondern seiner privaten Ehre. Herr Herzfeld ist nämlich mit Fr. Rosa Link verlobt, welche unter Witts Direktion das Fach der ersten Liebhaberinnen mit bedeutendem Erfolg spielte. Laube hat Fr. Link sehr wenig beschäftigt und Gottschall, welcher das Talent dieser Künstlerin hoch hält, hat oft darüber Klage geführt, daß diese Schauspielerin in Schatten gesetzt würde. Diese Thatache wollte ohne Zweifel Silberstein noch einmal in malitiöser Form registrieren, als er seine Kritik im „Fremdenblatt“ mit den Worten schloß: „Auf dem Altar, auf welchem der Herr Hofstaat all das, was Leipzig liebt, hinopfert, bleiben nur Herr Gottschall und Fr. Link übrig.“ Kein Mensch, der die leipziger Verhältnisse einigermaßen kennt (und die Verbreitung des „Fremdenblattes“ beschränkt sich auf Leipzig allein) wird diesen Zeilen eine andere als die vom Verfasser beabsichtigte Deutung gegeben haben. Herr Herzfeld indes misverstand diesen Passus. Er ließ sich zu einem Schrift hinreissen, den die „donnernden Hände“, welche ihm dafür im Innerentheile des „Tageblattes“ ausgebracht werden, nicht besser machen. Mit den Worten „Wie können Sie sich unterstellen, meine Braut zu beleidigen“ schlug er auf den Regenten los, traf ihn in das linke Auge und versetzte ihm eine körperliche Verlebung.

Das ist die Thatache. Eine Mißhandlung herbeigeführt durch ein unbegreifliches Mißverständnis, verübt im Theater — und die Stadt jubelt. Derjenige, welcher den Schlag geführt, wird als Held gefeiert, derjenige, welcher ihn empfangen hat, mit Hohn und Schmach bedeckt. Nicht der Sache kann jener Jubel, nicht der Sache dieser Unwillen gelten. Also der Persönlichkeit? In der That hat sich Herr Dr. Silberstein durch seine Beleidigung an den „Augblättern“, welche den Sturz des Wittischen Regiments herbeigeführt haben, zahlreiche und mächtige Feindschaften zugezogen. Ich habe keinen dieser „Augblätter“ gelesen — ich war zur Zeit ihres Scheiterns noch nicht in Leipzig — aber man sagt mir allgemein, daß der

gestatten. Man hat es den Diplomaten, die sich in diese Finanzangelegenheit mit so viel Eifer eingemischt, nicht verschwiegen, daß man in Frankreich außer den gesetzlichen Bedenken auch die Erwägung nicht habe unterdrücken können, daß es doch eigenthümlich sei, wie die Unternehmer sich nicht vorher mit der französischen Regierung über einen Modus der Anleihenformulierung hätten verständigen mögen, bei dem die gesetzlichen Hindernisse leichter hätten in Wegfall kommen können und bei dem jedenfalls „Skandalöse Gewinne“ im Betrage von 60,000 Fr. vermieden worden wären.

Paris, 24. März. (Tel.) Der „Agence Havas“ wird aus Rom vom 23. gemeldet: Das Antwortschreiben auf die Depesche des Grafen Daru, welches der Papst selber abgesetzt hat, ist nunmehr nach Paris abgegangen. Das Konzil beschäftigt sich seit Wiederaufnahme der Kongregationen mit dem Schema über die andersgläubige Philosophie. Die Beschlüsse sollen am Ostermontag veröffentlicht werden. — Der gesetzgebende Körper nahm heute den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des Sicherheitsgesetzes, sowie des Ausnahmegesetzes vom Juli 1852 mit Stimmeneinheitlichkeit an.

Italien.

Florenz, 20. März. General Escoffier, welcher mit der Leitung der Präfektur von Ravenna beauftragt war, ist gestern von einem seiner Untergebenen, dem Inspektor Cattaneo, ermordet worden. Escoffier war nach Ravenna geschickt worden um den geheimen Einfluß zu brechen, welcher aus jener Provinz ein Asyl der Verbrecher zu machen drohte; er ist als ein Opfer jenes Einflusses gefallen und zwar durch die Hand eines seiner eigenen Beamten; zwei Revolverschläge streckten ihn in seinem Zimmer nieder. Es scheint, als ob die Nachlässigkeit Cattaneos, wegen deren Escoffier dessen Verlezung beantragt und erzielt hatte, eine uninteressante gewesen ist und daß Escoffier fürchtete, es möchte in Folge dieser Nachlässigkeit bei Gelegenheit der Aufführung verhandlungen zur Aburtheilung jener Nebelhäuter, die mehrere Jahre hindurch die Provinz Ravenna in Schrecken versetzt hatten, zu Ruhm stürzen kommen. Escoffier war in Nizza geboren und erst im Anfang der vierzig Jahre; er war einer der tüchtigsten Generale.

Aus Rom wird der „Kölner Tag.“ unter dem 18. März geschrieben:

Man unterhält sich in den wohlunterrichteten Kreisen vielfach über die gründlich verschiedene Art, in welcher Dr. v. Beust und Graf Daru dem Kardinal Antonelli ihre Beschwerden über den Gang des Konzils vorgetragen haben. Dr. v. Beust verlangt nicht, daß man einen Vertreter für Österreich-Ungarn beim Konzil zulasse; nach Aufzählung der reaktionären Entschlüsse, zu welchen die Kirchenversammlung geneigt scheint, erklärt er, eventuell Falles werde der Staat von seinen Waffen Gebrauch machen. Dr. v. Trauttmansdorff hat die Depesche dem Kardinal Antonelli vorgelesen, und dieser betonte in seiner gleichfalls mündlichen Antwort, daß keine der vorauszuhenden Entscheidungen des Konzils den Rechten des Staates entgegentrate. Graf Daru dagegen zeigt in seinen Bemerkungen eine exemplarische Bescheidenheit und Höflichkeit, spielt nur von fern auf den alten Ursprung an, wonach sich die katholischen Mächte beim Konzil vertreten ließen, und wirft mit Umicht die Frage auf, ob nicht bei gewissen Gegenständen in gewissen Grenzen ein französischer Bischof als Vertreter seiner Regierung gehört werden könne. Diese Depesche ist dem Kardinal abschriftlich hinterlassen worden, und man verichert, daß der Papst wenig geneigt sei, dem Grafen Daru zu willfahren.

Rußland und Polen.

Petersburg, 22. März. Die längst als nothwendig erkannte Auswanderung des zahlreichen jüdischen Proletariats in Litthauen ist jetzt, Dank den Bemühungen der „Alliance israélite“ in Paris, soweit organisiert, daß die Auswandererzüge sich zu ordnen beginnen und einzelne Vordertrupps nach ihrem Bestimmungsort bereits abgezogen sind. Die Auswandererzüge gehen nach zwei Richtungen: nach den Gegenden des Don, wohin sie von der russischen Regierung gelenkt werden und nach Amerika, wohin die „Alliance israélite“ sie sendet. Die sehr bedeutenden Kosten der massenhaften Auswanderung werden größtenteils durch freiwillige Beiträge einheimischer und auswärtiger reicher Glaubensgenossen der Auswanderer aufgebracht. Die russische Regierung hat für das Unternehmen bis jetzt weiter nichts gethan, als daß sie es auf jede Weise zu erleichtern versucht.

in denselben angeschlagene Ton geradezu empört habe. Nun pfeifens zwar die Spazier auf den Dächern, daß die Verantwortlichkeit für diese Flugblätter nur zum geringen Theil Dr. Silberstein trifft, daß dieser in dem kritischen Momente, da das Gericht gegen eines derselben einzuschreiten sich veranlaßt fand, als Alleinverantwortlicher vorgeschoben wurde und mit seinem Namen diesjenigen deckte, die es vorgenommen, nicht aus der Anonymität herauszutreten; indessen so seine Unterschiede vermischen sich schnell in der Deffenlichkeit: Silberstein war und blieb fortan der Vertreter der „Flugblätter u. s. f. Angedenkens“. Man gehörte sich daran, ihn als einen Pamphletisten zu betrachten, als einen Landsknecht der Föder, der für Geld und gute Worte schmaht und schimpft. Zum Theil gewiß mit Unrecht. Mir erscheint Silberstein mehr als ein unerschrockener, leidenschaftlicher Mensch. Er lobt und tadeln nur in den grellsten Farben, und deßhalb erscheint sein Lob wie Kellame, sein Tadel wie bezahlte Bosheit. Aber eben so wenig wie er aus den „Flugblättern“ unerlaubten Verdienst gezogen, eben so wenig wie er sich für seinen Panegyrikus zu Gottschalks Ehren hat beghalten lassen, eben wenig ist er ein Söldling Laubes, dessen Verdienste er allerdings mit wahrer Stentostimme ausposaunt hat. Wenn die Welt wußte, daß Silberstein von dem sauren, redlichen und rechtlichen Verdienste seiner Föder sein Dasein kümmerlich fristet, daß sein Hass und seine Liebe sich aus reiner Berehrung vor Laube mit dem Hass und der Liebe der leipziger Theaterdirektion amalgamieren, daß kein unreines Metall diesen Verschmelzungssprozeß fördert — man würde vielleicht anders urtheilen und die Haltung des Publikums, welches Partei ergreift für eine im Theater verübte Gewaltthat, würde dem Fremden nicht so rätselhaft erscheinen, wie sie ihm jetzt erscheinen muß. Aber der Makel der Flugblätter lastet ihm an. Man sagt: ein läufiger Literat hat von dem Bräutigam einer Künstlerin, die auf alle Weise zurückgesetzt wird, Prügel bekommen, weil er diese öffentlich geschmäht hat — und man ruft Bravo!

Herr Herzfeld wurde entlassen. — Erfolgte diese Entlassung aus dem Grunde, daß ein Schauspieler im Theater öffentliches Ärgerniß gegeben und sich an einem Mitglied der Kritik vergriffen hatte, so wird die Presse in dieser Entlassung eine Genugthuung erblicken müssen. Wurde aber Herr Herzfeld nur deshalb entlassen, weil er sich nach jenem Vorfall der Direktion gegenüber widerlich gezeigt hatte (diese Version kursirt in den Theaterkreisen), so hat die Presse nichts damit zu schaffen, so ist dies eine Privatgeschichte zwischen Direktor und Schauspieler. Gleichviel: die Entlassung, welche mit keinem Worte von Seiten der Direktion motiviert wurde, machte böses Blut, sie steigerte den Unwillen, um so mehr, als Herr Herzfeld mit einer Erklärung auftrat, in welcher er sagte, daß er alles, seine Stellung, seine Pensionsberechtigung, seine Ehre habe opfern müssen, daß die Zustände am hiesigen Theater heillose seien, und daß er seine Braut dem Schutz des Publikums empfehle.

Über die Zustände am hiesigen Theater sprach sich das „Tageblatt“ in einem redaktionellen Artikel in sehr eingehender, in der Form untadelhafter Weise ebenso vernichtend aus. Es wurde in durchaus ruhiger und gerade dadurch wirkender Fassung Klage geführt über das Elitenwesen, welches sich unter Laube an dem hiesigen Theater gebildet habe, und daß dies der wahre Bankapfel sei zwischen Publikum und Direktion. Laube lasse sich in seinen Handlungen bestimmen durch seinen Bortragemeister Stralsch und seinen Dramaturgen Claar, die überall die Hand im Spiele hätten und als die eigentlichen Urheber des bestehenden Zwischenstücks anzusehen seien.

Laube schwieg. Man betrachtete dieses Schweigen, welches Laube deshalb

sprochen hat. — Wie man hier in gutunterrichteten Kreisen verfügt, soll es den Nachforschungen der russischen Polizei gelungen sein, die Quelle und den Ursprung der in Rußland zu Tage getretenen sozialistischen Umtreibe in dem in London bestehenden internationalen Arbeitervereine zu entdecken, mit dem die Leiter der russischen sozialistischen Bewegung, Bakunin und Neschajeff als Vorsteher der russischen Arbeiteraktion in unmittelbarer Verbindung stehen und von dem sie ihre Antriebe und Inspiration erhalten sollen. Nach den Ermittlungen, welche die russische Polizei gemacht haben will, soll die Arbeiterpartei in ganz Europa, mit Einschluß Rußlands unter der Leitung des genannten internationalen Arbeitervereins ihre vollständige Organisation anstreben und größtentheils schon vollendet haben und das von den russischen Sozialisten veröffentlichte schreckliche Programm, soll das Programm der ganzen europäischen Arbeiterpartei sein. Diese Enthüllungen, die sogar den auswärtigen Kabinetten mitgetheilt sein sollen, finden allerdings ihre scheinbare Bestätigung in der That, daß das Programm der russischen Sozialisten, soweit es aus den Proklamationen und anderen literarischen Erzeugnissen derselben zur öffentlichen Kenntnis gelangt ist, sich auffallend von dem eigenthümlich russischen Kommunismus, wie er in der altslavischen Gemeinde-Organisation hervortritt, entfernt und weiter nichts als die von wohlbelebten europäischen, namentlich französischen Sozialisten und Kommunisten aufgestellten frankhaften Ideen und Projekte enthält. Die Hauptpunkte des Programms sind: Vernichtung des Kapitals, des Staates, der Ehe und Religion, und Neorganisirung der Gesellschaft auf der Grundlage der physischen Arbeit, die dem Menschen allein einen rechtlichen Anspruch auf Existenz geben soll.

Norddeutscher Reichstag.

27. Plenarsitzung.

Berlin, 24. März. Eröffnung um 11 Uhr. Am Tische des Bundesraths v. Friesen, Delbrück, Michaelis, Hoffmann u. A., später Gr. Bismarck. V. der Hoflöge des Großherzog von Weimar. Vor der Tagesordnung erhält das Wort der Abg. Blum (Sachsen): Ich habe, wie ich neulich versprach, die betreffenden Nummern der „Darmstädter Zeitung“ beschafft. Daß dieselbe Organ der hessischen Regierung ist, geht aus der Verordnung vom 20. Juni 1808 hervor, nach welcher fortan alle Gezeuge &c. in der „Hessischen Zeitung“, wie sie damals noch hieß, veröffentlicht werden und alle Gemeinden zum Abonnement verpflichtet sein sollten. Am 3. Dez. 1869 suchte eine arme Gemeinde die Befreiung von dieser Verpflichtung nach, wurde aber abschlägig entschieden auf Grund jener Verordnung. In der amtlichen Zusammenstellung der hessischen Behörden wird das Zeitungs-Institut unter den Unterbehörden des Ministeriums Dalwigk aufgeführt. Der Redakteur ist in einem Jahr vom Gerichts-Altezzisten zum Professor avancirt, wozu andere 10 Jahre brauchen. Die Redaktion führt außerdem ein Dienstflag mit der Umschrift: Großherz Hessische Redaktion der Hessischen Zeitung. Redner will nunmehr durch Verlehung eines Artikels der Zeitung über die Reichstagssitzung, die diese Entgegnung nötig gemacht hat, beweisen, daß sich dieselbe als amtliches Organ eines anständigen Tones gegen ihn nicht bedient habe, wird aber vom Bürgerpräsidenten Herzog v. Hessen eracht, seine Widerlegung des Vorwurfs leichtfertiger Behauptungen, woju allein er das Wort erbeten habe, nicht auf erledigte Diskussionen auszudehnen. Er begnügt sich deshalb die Zeitungsnummern und sonstigen Beweismittel auf den Tisch des Hauses niederzulegen.

Bundeskommis Hoffmann (Hessen): Dr. Blum ist heute auf die Hauptfrage, nämlich auf seine Behauptung, daß der hessische Soldat durch seinen doppelten Eid gegen den Landesherrn und den Bundesfeldherrn in die mißliche Lage kommen könne, den zweiten Eid um des ersten Willen zu verlegen, zu meiner Bestridung nicht eingegangen, denn der hessische Soldat ist in dieser Beziehung in keiner anderen Lage, als der sächsische. Was er sonst über die „Darmstädter Zeitung“ gesagt hat, ist Nebensache. Die Zeitung war nur von 1808 bis 1819 amtliches Organ; von 1819 ab wurde ein eigenes Organ für die Regierung geschaffen und sie steht mit dieser nur noch insofern in Verbindung, als sie zu amtlichen Berichtigungen benutzt wird. Als ihr Anwalt hier aufzutreten, fühle ich keinen Bezug. Ob die Redaktion den Anstand gegen den Herrn Abgeordneten verlegt hat, ist mir ganz einerlei, das hat sie selbst mit ihm abzumachen; aber ich konnte unmöglich zu den Vorwürfen schweigen, die der Herr Abgeordnete gegen die großzögliche Regierung erhoben hatte.

Bundeskommis Hoffmann (Hessen): Dr. Blum ist heute auf die Hauptfrage, nämlich auf seine Behauptung, daß der hessische Soldat durch seinen doppelten Eid gegen den Landesherrn und den Bundesfeldherrn in die mißliche Lage kommen könne, den zweiten Eid um des ersten Willen zu verlegen, zu meiner Bestridung nicht eingegangen, denn der hessische Soldat ist in dieser Beziehung in keiner anderen Lage, als der sächsische. Was er sonst über die „Darmstädter Zeitung“ gesagt hat, ist Nebensache. Die Zeitung war nur von 1808 bis 1819 amtliches Organ; von 1819 ab wurde ein eigenes Organ für die Regierung geschaffen und sie steht mit dieser nur noch insofern in Verbindung, als sie zu amtlichen Berichtigungen benutzt wird. Als ihr Anwalt hier aufzutreten, fühle ich keinen Bezug. Ob die Redaktion den Anstand gegen den Herrn Abgeordneten verlegt hat, ist mir ganz einerlei, das hat sie selbst mit ihm abzumachen; aber ich konnte unmöglich zu den Vorwürfen schweigen, die der Herr Abgeordnete gegen die großzögliche Regierung erhoben hatte.

Zweite Demonstration: Im zweiten Akt, als Herr Link, der zukünftige Schwager des Herrn Herzfeld die Bühne betritt, wird er mit minutenlangem

beobachten zu müssen glaubte, weil er sich von einer Ansprache nur eine vorübergehende Wirkung versprach, die 24 Stunden später durch das „Tageblatt“ wieder zu Schanden gemacht werden könnte — als eine Mißachtung des Publikums, das war der lezte Tripfen, welcher den bis an den Rand gefüllten Becher überlaufen machte.

Sonnabend Abend brach das Ungewitter los. Bauernfelds „Bekenntnisse“ wurden gegeben. Herr Claar spielte die Rolle des Kommerzienrats. In der zweiten Szene, als er die Bühne betrat, erschollen von verschiedenen Seiten lebhafte Zeichen des Missfalls: es wurde gespielt und gespielt. Das Pfeifen und Zischen dauerte an und wurde so stark, daß es die Stimmen der beiden in Szene befindlichen Schauspieler völlig deckte. Eine Weile ertrug Herr Claar mit großer Ruhe das Unvermeidliche. Schließlich führte er seine Partnerin Frau Mitterwürger bei Seite, ließ sie Platz nehmen und stellte sich wieder unbeweglich neben sie, als ob ihn das Pfeifen und Zischen nichts angehe. Nach einigen Minuten wurde der Vorhang heruntergelassen, unter stürmischem Beifall. Gleich darauf eine peinliche Stille. Herr Mittel, der Regisseur des Lustspiels, trat heran und rüttete an das Publikum eine kurze und gewandte Ansprache, in welcher er an die Versammlung die Frage richtete, ob es ihrem Wunsche entspreche, wenn die Vorstellung jetzt ihr Ende erreicht habe, oder ob man wünsche, daß mit Herrn Claar weitergespielt werde. Ein wüstes Durcheinander von Stimmen antwortete darauf. „Ich glaube, verstanden zu haben“, versetzte Herr Mittel schnell gefaßt, „daß sich die Majorität für Weiterspielen ausspricht.“ Allgemeiner Beifall. Herr Mittel verbeugt sich und tritt ab. Der Vorhang hebt sich wieder, und unter Todtenstille im Saale erscheinen wieder Herr Claar und Frau Mitterwürger.

Zweite Demonstration: Im zweiten Akt, als Herr Link, der zukünftige Schwager des Herrn Herzfeld die Bühne betritt, wird er mit minutenlangem

Nachdem diese Angelegenheit erledigt ist, wird der Antrag Löwes, betr. die Aufhebung des bei dem Stadtgericht zu Berlin gegen den Abg. Dr. Hirsch anhängigen Strafverfahrens, in welchem auf den 2. April d. J. Verhandlung ansteht, für die Dauer der Sitzungsperiode ohne Debatte angenommen.

Die dritte Berathung des Banknoten-Gesetzes eröffnet Präsident Delbrück mit der verhohlenen Mittheilung über die neu konzessionirte Bank in Greiz. Er heißt zwei Schreiben der reuflischen Regierung mit, wovon das erste vor der Anfrage des Bundeskanzleramtes abgesetzt ist und worin ausgeführt wird, daß nach der am 1. Juli 1868 erfolgten Aufhebung der Greizer Filiale der Weimarschen Bank sich in Neuß das Bedürfnis eines Ersatzes in Form einer Landrentenbank, verbunden mit einer Wechselbank, dringend fühlbar gemacht und daß die desfallsigen Verhandlungen, welche bereits im vorigen Jahre begonnen seien, mit der neulich erfolgten Konzessionirung eines Konsortiums zur Gründung der Bank ihren Abschluß gefunden hätten. Die reuflische Regierung bedauert, daß der Abschluß der Verhandlungen in eine Zeit gefallen, wo dem Bundesrat ein allgemein auf die Banknoten-Emission bezügliches Gesetz bereits vorgelegen hätte, sie fand sich jedoch „aus den angeführten und aus anderen wichtigen Gründen“ nicht in der Lage, die bereits ertheilte Koncession wieder zu suspendiren. Als Anlage zu diesem Schreiben hat das Statut der Bank mitgetheilt, wonach das Grundkapital derselben vorläufig auf $\frac{1}{2}$ Million festgesetzt ist, die spätere Erhöhung desselben jedoch auf 1 resp. 2 Millionen in Aussicht genommen ist; die Bank hat das Recht, nach dem 1. Juli d. J. Noten bis zum doppelten Betrage des eingezahlten Kapitals, im Ganzen jedoch nicht über 2 Mill. Thlr. auszugeben, und zwar in Points von 10 Thlr. und 1 Thlr. (hört), letzter jedoch nicht über den Betrag von $\frac{1}{2}$ Million. — Das zweite vom 21. März datirte Schreiben hebt in Erwiderung der Anfrage des Bundeskanzleramts nochmals das dringende Bedürfnis hervor, das der Handelstand nach Errichtung eines Bankinstituts in Greiz gefühlt und das schon zu Anfang des Jahres 1869 zu Verhandlungen Anlaß gegeben. Der reuflischen Regierung sei das Anwerben eines Konsortiums um so erwünschter gewesen, als auf diesem Wege zugleich die Anträge des reuflischen Landtages auf Errichtung einer Landrentenbank hätten befriedigt werden können. Die Regierung glaubt, da sie nur von einem bisher unbestrittenen Rechte Gebrauch gemacht, daß sie ihr Bundesrecht nicht verletzt habe, und hofft, daß ihr Verfahren sowohl bei Sr. Eggers als dem Herrn Bundeskanzler wie bei den übrigen Mitgliedern des Bundesrates die gerechte Würdigung finden werde.

zu dem Gesetzeswirke liegen verschiedene Amendments vor. Abg. v. Sybel beantragt, vom § 1 („Vom Tage der Wirklichkeit dieses Gesetzes kann die Befugnis zur Ausgabe von Banknoten nur durch ein, auf Antrag der beteiligten Landesregierung erlaßenes Bundesgesetz erworben werden“) folgenden Zusatz zu geben: „Wenn eine Bank bis zum Tage der Wirklichkeit dieses Gesetzes von ihrer Befugnis zur Notenausgabe tatsächlich keinen Gebrauch gemacht hat, so kann sie dies künftig nur, wenn sie dazu die Ermächtigung durch ein Bundesgesetz erhält.“

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) beantragt zwischen die §§ 5 und 6 folgenden neuen Paragraphen einzufügen: „Die Banknoten, welche die fürstlich reuflische konzessionirte Bank emittieren wird, sind von der Birkulation im übrigen Bundesgebiete ausgeschlossen. Der Bundesrat hat die erforderlichen Strafvorschriften gegen ihre Birkulation zu erlassen.“ Ein Antrag des Abg. v. Hennig geht dahin, den Bundeskanzler aufzufordern, dahin zu wirken, daß die Konzessionirung der neuen reuflischen Bank wieder rückgängig gemacht werde.

Abg. Dr. Löwe: Die Handlungweise der reuflischen Regierung ist eben so verwerflich in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung, wie verwerflich in ihrem Benehmen gegen den Bundesrat. Was Sie soeben von dem Statut der Bank gehört haben, das widerlegt auf der Stelle alle die Phrasen von dem „dringenden Bedürfnis“ und vergleichen, welches dies kleine Land führen soll. Es ist ein Bedürfnis der Spekulation, dem man Genüge thut, weiter nichts. Allerdings ist diese Spekulation nur möglich gewesen in Folge der Fehler der bisherigen preuflischen Gesetzgebung. Aber wir sind eben daran, diesen fehlerhaften Zustand zu verbessern, die reuflische Regierung arbeitet daran mit und noch in der wölfsten Stunde benutzt sie die Gelegenheit, auch noch ihren Vorbehalt daraus zu ziehen. Unter diesen Umständen wäre es wohl das Sicherste, den Weg zu betreten, den uns Herr v. Sybel vorgeschlagen hat, nämlich dem Gesetz einfach rückwirkende Kraft beizulegen. Aber bei solchen Wege weiß man wohl, wo man anfängt, aber nicht, wohin man kommt. Ich ziehe daher den anderen Weg vor, daß wir die Birkulation dieser Noten im übrigen Bundesgebiete verbieten und zwar unter Beetonung des Wortes: bei Strafe. Nur so wird das Verbot ein wirksames werden und dann mögen die Herren im eigenen Lande ihr Bedürfnis befriedigen. (Bravo!)

Abg. Becker (Dortmund): Es mag ja für Neuß eine Bank ein dringend nothwendiges Institut sein, ich vermiss aber in den Schreiben der reuflischen Regierung auch nur den Schimmer eines Beweises dafür, daß das eine Zettelbank sein müsse. Grade die Konzessionirung einer solchen zeigt offenbar, daß nichts als die wilde Spekulation das Motiv derselben gewesen ist. Redner fürchtet, daß die Anträge Braun und Hennig wenig helfen werden. In Preußen haben die wiederholten Verbote fremder Noten das

wieder vor und erklärt: Dr. Direktor Laube sei gern bereit, die Wünsche des Publikums, so weit es ihm möglich sei, zu berücksichtigen. Es würde ihm angenehm sein, durch eine Deputation aus dem Publikum von diesen Wünschen unterrichtet zu werden. Ein mahrfacher Sturm brach nach dieser Erklärung aus. Hunderte von Stimmen kreuzten sich: „Wir brauchen nicht zu Laube zu gehen, Laube soll sich vor uns rechtfertigen“, schrie man auf der einen Seite, auf der anderen wurde durch Schreien zur Ruhe gemahnt und der Lärm war so gewaltig, daß die armen Damen, welche sich auf der Bühne befanden, alle Fassung vorlor. Frau Dr. Bachmann-Günther und Frau Mitterwürger waren der Ohnmacht nahe, Fri. Delia fiel in Krämpfe. An Weiterspielen war nicht zu denken.

Die für heute angekündigte Vorstellung des „Tell“ wurde in Folge der Erkrankung dieser Künstlerin abgesagt. Lebregens konnte man im Laufe des heutigen Tages einen Umschwung in der öffentlichen Meinung zum Besseren wahrnehmen. Das Maß war eben gefüllt. Man fing an sich zu schämen. Die Anschläge des Magistrats und der Theaterdirektion im Theatergebäude verfehlten ihre günstige Wirkung nicht. Der Rath der Stadt Leipzig forderte in würdigen und energischen Worten zur Aufrechterhaltung der Ruhe auf; er wandte sich an den gesunden Sinn der Bürgerschaft, um die Wiederholung von Austritten zu verhindern, welche ihm die peinliche Pflicht auferlegen würden, amlich einzutreten, um Austritten, welche den guten Ruf Leipzigs nach außen schädigen mühten. Gleichzeitig teilte die Direktion mit, daß Herr Emil Claar um seine Entlassung nachgefragt und dieselbe erhalten habe. — An Stelle des „Tell“ war Słotowas „Martha“ eingeschoben. Unter Todtenstille hob sich der Vorhang. Laube erschien auf der Bühne und richtete an das Publikum, welches im tiefsten Schweigen verharrte, eine kurze Ansprache, deren Gedankengang etwa der folgende ist: Er kommt spät, vielleicht schon zu spät; nicht aus Mißachtung des Publikums habe er dem stürmisch dokumentirten Verlangen, ihn an dieser Stelle zu sehen, nicht früher entsprochen, sondern deshalb, weil er geglaubt habe, daß der Kult geweihte Tempel nicht der richtige Ort sei, um auf der Bühne über Differenzen zu verhandeln, welche zwischen dem Publikum und der Theaterleitung bestehen. Dieser Meinung sei er noch. Er müßte sich daher vorbehalten, durch

Land von den wilben Kassenscheinen nicht befreit. Im Gegenteil, gerade in Folge des Verbots dringen sie in Kreise ein, in denen sie am wenigsten kursiren sollten. Die oldenburgischen Noten sind besonders in Thüringen in Umlauf, sie haben auch ihren Weg gefunden nach der Mosel, wo sie von dem Fürstenthum Birkenfeld aus, das zu Oldenburg gehört, den Weg ins westliche Deutschland gefunden haben. Am besten übt der Bundesrat seinen Einfluss aber dahin aus, daß die Konzeßion, soweit sie sich auf die Ausgabe von Noten bezieht, beschränkt wird. Der Bundeskanzler, der in dem kleinen Lande bereits die Siftrung der Karoline bewirkt hat, wird auch dies durchsehen können.

Abg. v. Hennig: So wie jetzt unsere Geldverhältnisse sind, kann es nicht mehr fortgehen. Es ist die natürliche Folge, daß, wenn das Silber überflüssig gemacht wird, es außerhalb des Landes sich einen Markt sucht. Fragen Sie nur in hiesigen Geschäften nach: Sie finden bei einem Kassenbestand von 60,000 Thlr. höchstens 500 Thlr. Silber. Der größte Theil des Silbers geht nach dem Auslande. Allerdings werden wir dieser Frage erst näher kommen, wenn wir einen Ersatz für die Noten in der Goldwährung haben. Über ein Anfang dazu ist auch das gegenwärtige Gesetz. Ein Vorgehen, wie das der Preußischen Regierung, können und dürfen wir nicht dulden. Das Prinzip der Gesetzgebung mit rückwirkender Kraft würde die reußische Regierung in die günstige Lage führen, von ihren Verpflichtungen unter Berufung auf höhere Gewalt zurücktreten zu können, ohne doch die Vortheile, die sie ohne Zweifel, wie seiner Zeit der Kurfürst von Hessen, ausbedungen haben wird, aufzuheben. Das ist das Motiv zu meinem Antrage. Der Abg. Braun hat denselben Gedanken sogleich in das Gesetz hineinzubringen versucht und ich würde mich seinem Vorschlage durchaus anschließen können, wenn ich nicht darin das Verbot des Notenumlaufes bei Strafe verminzte. Sie dem Bundesrat zu übertragen ist unzulässig, er hat verfassungsmäßig keine Strafgewalt. Wenn Braun die Strafbestimmung in das Gesetz selber aufnehmen will, kann ich zu seinen Gunsten meinen Antrag zurückziehen. Die Tragweite des Sybelschen Antrages, namentlich seine Wirkung auf das Privilegium der preußischen Bank, vermag ich noch nicht zu überleben. Die Furcht, daß ein Verbot nichts helfen werde, ist unbegründet. Die Mehrzahl der Fabrikbesitzer hier zahlt früher ihren Arbeitern in fremdem Papiergeld aus, das hat erst mit den vom Abg. Becker erwähnten Verbitten sein Ende erreicht. Für das Wirkamste halte ich übrigens auch nicht das Verbot selber, sondern die Aussicht auf das Verbot, welche hoffentlich die Emision ganz hindern wird.

Abg. Braun ändert den Schlusssatz seines Amendements dahin ab: „Wer solche (Banknoten) als Zahlung annimmt oder ausgibt, direkt oder indirekt in Zirkulation setzt, wird mit einer Strafe von 50 bis 100 Thalern belegt.“ — Der Antrag Sybel richtet sich nicht genug auf den speziellen Fall, sondern agiert ins Allgemeine hinein. Eine Resolution an den Bundeskanzler zu richten und denselben zu ersuchen, etwas zu thun, was man eben so gut und noch besser selber thun kann, ist eben so wenig zweckmäßig. Nehmen wir die Verantwortung für die Maßregeln, die wir wollen, auf unsere eigene Kappe! Finden Sie die Strafe, die ich vorschlage, etwas zu drakonisch, so will ich die Minimalstrafe gern auf 5 Thlr. herabstellen; es gibt ja in der That Leute, die nur aus Zölpelhaftigkeit und Unverständ zu dieser Strafe gelangen könnten. Auch ich hoffe, daß gar keine Emision stattfinden wird, und wir haben dann, ohne ein Gesetz mit rückwirkender Kraft, durch eine ganz gelinde douce violence unsern Zweck erreicht. Ein wahrer Skandal liegt hier vor, gegen den man sich gar nicht scharf aussprechen kann, eine Spekulation auf den Schaden der armen und unwissenden Menge. (Bravo.)

Bundeskommis für Reuß, Regierungsrath Kunze: Es ist Bezug genommen auf die Stellung des reußischen Abgeordneten zum Bundesrat. In dieser Beziehung habe ich zu bemerken, daß nach dem Tode des früheren Gesandten der neue Vertreter noch nicht ernannt war, daß daher die Stimme des Fürstenthums Reuß ältere Linie durch Substitution vertreten wurde. Eine Rentenbank konnte nicht gegründet werden, ohne zugleich eine Bettelbank damit zu verhindern. Besondere Vortheile hat sich die fürstlich reußische Regierung nicht vorbehalten, dieselben bestehen aber in der Vermittelung des Landrentengeschäftes, und in den entigen Vortheilen, die eine jede Bank durch ihre Anwesenheit am Orte der Handelsmetropole gewährt. Alroyal hat die reußische Regierung nicht gehandelt, es ist ja bereits erwähnt, daß die ursprünglichen Verhandlungen schon aus Anfang des vorigen Jahres herrührten; es lagen also moralische Verpflichtungen für sie vor. Die Ausgabe von Einthalter-Noten ist nicht so unerhört, auch die gerauer Bank darf Noten von 1 Thlr. ausgeben. Wertlose Papiere sind es auch nicht, dieselben haben dieselben Unterlagen und Garantien, wie alle anderen ähnlichen Banken.

Abg. v. Sybel: Die greiser Bank hat bis heute keine Noten ausgegeben, sie darf dies auch nicht vor dem 1. Juli, der Zweck, den wir verfolgen, wird also durch meine Fassung vollständig erreicht. Man kann auch nicht eigentlich sagen, daß damit eine rückwirkende Bestimmung in das Gesetz aufgenommen wird; es wird nur die Ausübung eines Rechtes beschränkt, das erst mit einem zukünftigen Termine beginnt.

Abg. v. Blankenburg hält es zwar für das beste Auskunftsmitteil, dem Gesetz rückwirkende Kraft bis zum 22. Februar zu geben, aber auch der Antrag Brauns erreicht den Zweck vollkommen, ohne dem Hoheitsrecht der reußischen Regierung zu nahe zu treten.

Abg. Sombart begreift nicht, daß das von der reußischen Regierung betonte Interesse des Rentenmajus nur durch eine Zettelbank befriedigt werden kann. Die Industrie des Ländchens bedarf ebenfalls keiner neuen Zirkulationsmittel, die ihr durch die verschiedenen Banken der Umgegend reichlich genug zugeführt werden. Der Unsug ist ohnehin schon recht groß: die Spekulanten kaufen mit den schlechten Zetteln mit 5 Prozent dann um gute preußische Noten und die Zettel gehen in die Hände der kleinen Leute über, die den Schaden davon haben. Die Sache ist nicht unwichtig: in Greiz und in noch einem kleinen Städchen sind große Ochsenmärkte, welche die Basis dieses bis nach Bayern sich ausdehnenden Absatzes von Zetteln bilden.

Abg. Becker (Dortmund) beantragt statt des Braunschen Antrages folgenden anzunehmen: „Die Banknoten, welche die fürstlich reußische Bank emittieren wird, sind im Gebiete des Norddeutschen Bundes außerhalb des Fürstenthums Reuß ältere Linie von der Zirkulation ausgeschlossen. Wer diesem Verbot zuwider diese Noten als Zahlungsmittel ausgibt oder anbietet oder auf andere Weise in Umlauf bringt oder zu bringen versucht, wird in jedem einzelnen Falle mit einer Geldbuße von 100 Thlr. oder verhältnismäßiger Haft bestraft.“

Abg. Braun (Wiesbaden) zieht zu Gunsten dieses Antrages den schlimmsten zurück: v. Hennig bittet den Sybelschen Antrag zu § 1 nicht anzunehmen, weil derselbe dem Gesetz rückwirkende Kraft gebe; v. Syb. I bestreitet das. Sein Antrag wahre nur die Rechte, der Gesetzgebung gegenüber der Thatsache, daß eine Bank bis jetzt noch gar keine Noten ausgegeben habe. Das sei eine Bestimmung pro futuro. Der Beckerische Antrag sei nach den Sommarischen Ausführungen unannehmbar. v. Hoherbeck: Der Sybelsche Antrag wird seinen Zweck nicht erreichen; denn Reuß kann mit der Emmission vorgehen, bevor noch dieses Gesetz in Kraft tritt — v. Sybel: Das ist nach der Erklärung vom Bundesrat aus, daß dieses Gesetz so rasch als möglich publiziert werden soll, unmöglich. Das Gesetz kann schon nach einigen Tagen veröffentlicht sein. Abg. Miguel: Die Wiederholung eines Falles, wie er hier vorliegt, würde am leichtesten verhindert; wenn der Herr Bundeskanzler, sobald eine Vorlage an den Bundesrat kommt, die verbündeten Regierungen erüre, ihrerseits keine der Intention der zu beratenden Vorlage entgegenstehende Maßregeln vorzunehmen.

Abg. Windthorst erkennt an, daß ein Nebelstand vorliegt und wünscht seine Beisetzung. Die dazu vorgeschlagenen Mittel erscheinen ihm aber bedenklich. Er hofft, daß durch die Einwirkung des Herrn Bundeskanzlers und das Entgegenkommen der Preußischen Regierung ohne drastische Mittel unsererseits der Nebelstand beseitigt werden kann. — Grumbrecht bestreitet, daß auch der Beckerische Antrag eine Rückwirkung habe. Die Preußische Regierung habe eine gewisse moralische Verpflichtung gegen die konzessionierte Bank. Sie von derselben zu bereuen, sei mit der Zweck dieses Gesetzes.

Graf Bismarck: Ich will mir nur wenige Worte auf die Frage erlauben, die hr. Miguel an mich richtete. Ich glaube nicht, daß eine Aufforderung seitens des Bundeskanzlers an die verbündeten Regierungen, sich eines analogen Vorgehens, wie es hier vorliegt, sich der Regel nach zu enthalten, eine stärkere Wirkung haben würde, als diejenigen Aufforderungen, die an sich in dem Sachverhältnis liegen, dergleichen zu unterlassen. Es kann nicht vorausgesetzt werden, daß einzelne der verbündeten Regierungen die amtliche Kenntnis, die sie von den Verhandlungen des Bundesrats und unsern Vorbereitungen zu den zu erlassenden Gesetzen haben, dazu bezeugen werden, um in der Zwischenzeit, bevor ein Gesetz in Kraft tritt, Handlungen zu begehen, die der Intention des Gesetzes zuwiderlaufen; es kann

das von den Regierungen eben so wenig erwartet werden, als im Privatleben eines Beamten. Man kann nicht glauben, daß es erforderlich wäre, den verbündeten Regierungen die Verpflichtung, welche die Lage der Sache, die Verfassung ihnen auferlegt, dadurch zu verstärken, daß eine spezielle oder protokollarische Aufforderung hinzutritt. Der Fall ist nur in der Vergangenheit der einzige analoge, sondern ich bin überzeugt, daß er auch in Zukunft der einzige bleibt. Das Einzige, was ich persönlich glauben würde, dagegen thun zu können, wäre der fürstlich reußischen Regierung zu schreiben, daß die Berathung & Durchlaucht des Fürsten für die Zukunft so eingerichtet werden möchte, daß die verbündeten Regierungen das durch dieses Verfahren gestörte Vertrauen wieder gewinnen. (Heiterkeit) Ich würde glauben, daß der Reichstag durch irgend ein Amendement, wenn es auch nur ein Todesbrotum enthielte, dabei helfen könnte. Mir ist das des Hrn. v. Sybel als dasjenige erschienen, das ich logisch am meisten verstehe und von dem Charakter einer bill of attender eines Spezialgesetzes am meisten entfernt zu sein scheint. Indessen, ich will darin Ihren Beschlüssen in keiner Weise vorgreifen; ich würde nur wünschen, daß irgend eines der Amendements, die dem Gedanken der Nichtbilligung Ausdruck geben, zur Annahme käme. (Beifall.)

Hierauf wird der Antrag des Abg. v. Sybel mit großer Majorität angenommen und mit dieser Änderung § 1. Hinter § 5, der das oldenburgische Staatspapiergeld den Banknoten gleichstellt, soll der oben mitgetheilte Beckerische Antrag folgen; v. Hennig bittet trotz der Annahme des Sybelschen Antrages auch den Beckerischen anzunehmen. So gut wie die reußische Regierung während der Berathung dieses Gesetzes im Bundestag zu ihren Gunsten verändert. Die Möglichkeit liege vor und die reußische Regierung könne man dessen für fähig halten.

Regierungsrath Kunze: Gegen diese Bewerlung muß ich meine Regierung vertheidigen. Als sie die Konzeßion ertheilte, stand ihr das formelle Recht noch zur Seite. In wieweit ihr Verhalten gegen den Bund eine Nichtbilligung verdiente, darüber haben sich die Stimmen bereits geäußert. Daß ihr aber imputiert wird, sie könne durch Zurückdatirung einen Beschluss des Reichstages unwirksam machen, das mag ich als im hohen Grade beleidigend — ich will keinen stärkeren Ausdruck gebrauchen — bezeichnen (sehr richtig). Uebrigens ist nicht die Regierung, sondern die Bank die Ausgeberin der Noten.

Abg. v. Hennig: Von Zurückdatirung habe ich nicht gesprochen, sondern bloß, daß die reußische Regierung im Stande ist, ihren Entschluß zu ändern, die Banknoten erst zum 1. Juli auszugeben. Insofern habe ich allerdings von einer Zurückdatirung gesprochen, doch ich habe das nicht gemeint, was mir der Herr Bundeskommis unterlegen hat.

§ 5 wird angenommen und der Beckerische Antrag abgelehnt. § 6 wird ohne Debatte angenommen. Abg. v. Hennig zieht seine Resolution zurück. Die Schlußabstimmung über das Gesetz kann, weil es verändert ist heute nicht erfolgen.

Es folgt die zweite Berathung über den Gesetzentwurf betreffend das Urheberrecht an Schriften u. s. w. Zu demselben liegt eine

große Anzahl von Amendements vor, auf die wir bei den einzelnen Paragraphen zurückkommen werden. Zunächst werden die §§ 1, 3 und 8 zur Diskussion gestellt, welche das Eigentums- und Dispositionsrecht des Autors an Schriften, musikalischen Kompositionen u. s. w. anerkennen

bis 30 Jahre nach dem Tode des Autors.

Abg. Dr. Köster: Außer dem Abg. v. Hennig haben die Redner über den Gegenstand mit auffallender Zurückhaltung, ja Verschämtheit gesprochen. Braun ließ sich die Hintertür der Nationalbelohnungen öffnen. Dunker sah die Sache mit seltsamen Handschuhen an. Jetzt liegen Amendements, betr. die literarische „Schönheit“ vor, welche wie die Töchter Cars über die dem Vater zugestandene Ritterschaft handeln und die Ziffer von 1000 auf 500 herabsetzen. Die Vorlage hat mit Ungift zu kämpfen, weil sie nicht der volle und natürliche Ausdruck des mit uns geborenen Rechtes ist und dem geistigen Urheber als Almosen darbietet, was ihm nur von der festen Beauftragte des Rechtes aus gewährt werden müßte. Als feste Grundsätze stellt Redner auf: das Recht des Urhebers an seinem geistigen Eigentum hört auf, wenn er oder der in seine Stelle getretene Gebe ihm entagt, und diese Entzugspraxis tritt selbstverständlich ein, wenn von 10 zu 10 Jahren nicht eine neue Verfestigung auf mechanischem Wege erfolgt.

Abg. Genast theilt vollständig den Standpunkt der Vorlage. Ein Eigentumsrecht des Urhebers an den von ihm geschaffenen Schriften sei unzweckmäßig. Möge der Schriftsteller auch seine Stoffe aus den außer ihm liegenden Verhältnissen entnehmen, die künstlerische Form sei sein eigen.

Wenn nun auch aus Utilitätsrücksichten eine Begrenzung dieses Eigentumsrechts geboten erscheine, so müsse doch eine entsprechende Schutzfrist für den Autor gesetzlich festgelegt werden. Ueber die zweckmäßige Dauer derselben könne nur die Erfahrung entscheiden, und in dieser Beziehung scheine die Vorlage gerade die richtige Mitte zu treffen. Redner empfiehlt im Interesse der Herbeführung einer Einheit auf diesem Gebiete der Gesetzgebung den Regierungsentwurf unverändert anzunehmen.

Abg. Wehrenpfennig beantragt Vertagung, das Haus ist während dieser ganzen Debatte fast leer, wir zählen 75 Mitglieder, der Antrag findet jedoch nicht die erforderliche Unterstüzung.

Abg. Stephan: Es handelt sich hier um einen Eigentumschutz, auf den jeder Bürger Anspruch hat; ob das Eigentum durch der Hände oder des Geistes Arbeit geschaffen ist, kann nicht in Betracht kommen. Die Beschränkung dieses Rechts durch den Staat kann nur durch höhere staatliche Interessen gerechtfertigt werden und hier müssen dieselben Gründzüge wie bei der Expropriation des materiellen Eigentums als Maßstab angelegt werden. Wenn beim geistigen Eigentum ein erhöhtes Interesse des Staates an der Expropriation anerkannt werden muß, so ist der Staat doch verpflichtet, dem Eigentümern und dessen Familie eine Frist zu gewähren, innerhalb deren sich dieselben in den Vollgenossen der Früchte des Autors zu setzen im Stande sind. Als eine solche Frist müsse die in der Vorlage festgesetzte Zeit von 30 Jahren anerkannt. Eine Verkürzung derselben sei ebenfalls gerechtfertigt, als wenn der Staat im Interesse der Käufer auf Kosten der Käufer den Preis der Leinwand herabsetzen wollte. Das Beispiel Englands beweise gar nichts, da man hier mit deutlichen Sitten und mit eutscher Kulturrevolution zu rechnen habe.

Abg. Dunker rechtfertigt den Antrag auf Verkürzung der Schutzfrist für die Autoren durch den Hinweis auf die schädlichen Folgen, die das Monopol des Verlegers auf die Verbreitung der geistigen Produkte im Volke ausübt. Redner beruft sich zum Beweise, daß er nicht von dem einseitigen Standpunkt eines Interessenten ausspreche, auf die der Sekularfiker Schillers gehaltene Rede Jakob Grimm's, der die zu lange Schutzfrist beschuldigte. Nehme man die Bestimmung des Entwurfs an, so würden die Werke Alexanders v. Humboldt erst 1889 freigegeben werden, „die Anfänge der Natur“, die 1808 zum ersten Mal erschienen, würden also eine Schutzfrist von 81 Jahren geniegen.

Das ist ein zu langer Zeitraum, sei, werde Niemand lengnen können, natürlich wenn man erwäge, daß das Interesse der Schriftsteller selbst durch eine so lange Dauer der Schutzfrist keineswegs gewahrt werde. Um 3½ Uhr bricht das Haus die Debatte ab. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Tagessordnung)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 25. März.

— Ueber die Feier des Königlichen Geburtstags sind uns aus allen Theilen der Provinz ausführliche Berichte zugegangen, denen wir des beschränkten Raumes wegen nur Nachstehendes entnehmen:

In allen Städten halten nicht nur die königlichen und öffentlichen, sondern auch viele Privatgebäude gesetzlich, überall fanden Festgottesdienste sowie Schulfeierlichkeiten statt. In Graustadt vereinigte ein Diner die Spitäler der Behörden, und Abends war die Stadt glänzend illuminiert. Auch eine feierliche Bewirthung der Garrison fand statt. Ein Gleicher wird aus Rempen, Ratschow, Tirschow, Kobylin und Wronke mitgeheiligt, in welch letzterem Orte auch die Polen sich an der Illumination beteiligten. In Rogasen wurde eine große Parade der Garrison abgehalten. Aus Grätz, wo die Feier des Tages durch mehrere Festdinners begangen wurde, ging ein Glückwunschtelegramm an den König ab, welches dankend erwidert wurde. In Scheidevitz und Bützow, wo auch die Schützengilde mehrere Salven zur Feier des Tages abfeuerte, nahm die Feier ihren alljährlichen Verlauf. Das königl. Schullehrseminar zu Paradies feierte den Tag durch einen Redactus mit Gesang und Gottesdienst. Lobensens hatte außer Diner und Schulfeier auch noch eine

Theater-Festvorstellung. In Rawicz, wo am Vorabend des Geburtstags Bapfenstreich und Generale stattfand, wurden arme Veteranen gespeist, der Kriegerverein hielt eine Festversammlung ab; ein Festdiner in Niedels Hotel versammelte alle Patrioten. Gnesen zeigte ein besonders festliches Gewand; große Parade mit Militärgottesdienst; öffentliche Speisung von 400 Offizieren seitens des Magistrats; Bewirthung und Tanz der Garrison bezeichneten den festlichen Tag. In Wolfsburg veranstaltete die Schützengilde ein Festschlecken; die Provinzial-Binden-Anstalt unterließ nicht eine Festfeier zu veranstalten; bei einem Festdiner im Beldlerschen Saale versammelten sich die dortigen Patrioten und die Landräthe Baron von Nuruhe-Womstlich Geldspenden an Arme verteilen. Schoden, Birkte, Neustadt b. P. sind nicht zurückgeblieben. Aus Schwerin wird von einer glänzenden Illumination und von einer Theatervorstellung der dortigen Schützengilde im neuen Schützenhaus, wobei besonders die lebenden Bilder mit bengalischer Beleuchtung ansprachen, berichtet; im Hotel de Rome fand ein Festdiner mit zahlreichen Toaßen statt. In Ostrowo hob sich besonders die prächtige Illumination der Kasernen vornehmlich heraus. Illumination und Festdinner waren auch in Kosten veranstaltet, wo übrigens seltsamerweise von allen Schulen (deutschen, jüdischen und polnischen) nur die deutsche Lädtchenschule eine Schulfeierlichkeit nicht arrangirt hatte. Schrimm hatte ebenfalls nicht unterlassen, ein festliches Gewand zur Feier des Tages anzulegen. Es wurde wie überall, drittmal und illuminiert.

— Die Regierung scheint den Plan, nach Beendigung der Sessionen des Reichstages und des Zollparlaments noch einmal den Landtag einzuberufen, bisher nicht aufgegeben zu haben, denn außer anderen Wahlwahlen für das Abgeordnetenhaus ordnet sie auch jetzt für den 3. bromberger Wahlbezirk die Wahl eines Abgeordneten an Stelle des verstorbenen Abgeordneten v. d. Reck an. Nach neuester Bekanntmachung soll, wie uns aus Nowraclaw mitgetheilt wird, die Wahl am 26. April c. in der Synagoge zu Labischin stattfinden. Bekanntlich war der frühere Termin (24. Febr.) aufgehoben worden, wahrscheinlich weil weder Deutsche noch Polen sich durch Aufstellung eines Kandidaten auf die Wahl vorbereitet hatten. Jetzt werden die Wähler des Kreises im nichtamtlichen Theil des Kreishlasses auf einen Kandidaten aufmerksam gemacht, welcher der Richtung des verstorbenen Frhrn. v. d. Reck angehört, also zur freikonservativen Partei zählt. Es ist dies der Oberstleutnant z. D. Heinrich Blankenburg zu Breslau, bekannt durch seine schriftstellerische Tätigkeit auf politischem, staatsrechtlichem und kriegswissenschaftlichem Gebiete. Frhr. Blankenburg wurde bekanntlich im vorigen Sommer bei einer Erstwahl zu Brieg von den Konseriativen und gemäßigten Liberalen als Kandidat aufgestellt, unterlag aber dem Kandidaten der entschiedeneren Liberalen (Jung) mit 150 gegen 170 Stimmen. In unserem Wahlbezirk aber scheint von Liberalen wenig oder nichts vorhanden zu sein.

— Die Verhaftung des Fürsten Obolenski in Warschau, die wir nach dem „Kurier Krakowski“ mitgetheilt hatten und die von der gesammelten Presse kolportiert worden ist, wurde bald darauf von amtlicher Seite kurzweg dementirt. Einen sachlichen Untergrund hatte die Sache aber doch, denn wie aus den jüngsten Berichten des neuen österreichischen Gesandten in Petersburg, des Grafen Chotek, jetzt hervorgeht, wurde zwar nicht der Grenzzolldirektor dieses Namens, sondern ein entfernter Verwandter desselben, ein junger Fürst Obolenski wegen „eigner Schulden und Zolluntreue“ angehalten. Nicht der General-Zolldirektor, sondern der Zolldefraudant, Fürst Obolenski ist demnach verhaftet worden.

— Der „Tygodnik Katolicki“, das Organ unserer Jesuiten, erzählt, daß zwei Brüder, Namens Leman, welche früher Juden, jetzt Katholiken in der Diözese Lyon sind, in lateinischer Sprache an den Papst und die versammelten Konzilsäuber eine Petition gerichtet haben, durch welche das Konzil aufgesordert wird, sich des Schicksals der Juden anzunehmen und dieselben zum Übertritt in den Schoß der katholischen Kirche aufzufordern. Die Männer, welche ehemals Ghettos genannt worden sei, und von welcher die Juden des Mittelalters selbst (?) umgehen und gehabt sein wollten, sei längst gefallen. Das Band des Lamuds, das sie mit ihrer Religion verbunden, sei durch Nationalismus und Indifferentismus zerissen; es sei daher an der Zeit, daß das Konzil die Israeliten, die in der heutigen Gesellschaft ein großes Gewicht hätten, (aha!) unter seine Fittiche nehm (sub alias comprehendere). (Wie würden da die Peterspfeife vermehrt!) Maitius wie gewöhnlich führt der „Tygodnik“ hinzu: Die Brüder Leman haben sich trotz ihres Übertretens zum Katholizismus ihren großen Liebe zu ihren früheren Glaubensgenossen nicht begeben. Sie machen gewaltige Anstrengungen, um dieses harte, eigenwillige und schlimme Volk, wie es ein polnischer Poet nennt, zur Bekennung des wahren Religion hinüber zu lenken. Sie haben ein Werk über den Messias herausgegeben und korrespondieren mit dem Redakteur des bedeutenden jüdischen Organs „Univers israelite“. um ihn zu überzeugen, daß die Juden vergebens auf den Messias warten, der längst gekommen sei. Die Petition der Brüder Leman, die voll heißen, begleiteter Liebe

welche durch die alten Wasserleitungen vom Glazis des Kernwerks gespeist werden, liefern ein vorzügliches Trinkwasser.

Die Warthe ist von Donnerstag zu Freitag um 6 Soll gefallen und hatte Freitag früh einen Wasserstand von 8 Fuß. Oberhalb bei Nogalin (3 Meilen von Posen) hat sich das Eis gestopft, von da bis Posen, und unterhalb bis zum Schilling ist die Warthe offen. In der vergangenen Nacht wurden mehrere Pässe, welche im vorigen Sommer zum Schutz des neuen Mastenkahns am Damm eingemauert worden waren, durch das Eis weggerissen. Gegenwärtig hat das Eis eine Stärke von 6-9 Soll.

Der volkswirtschaftliche Verein, welcher hier vor 2 Jahren gegründet wurde und unter Leitung des Vorsitzenden, Hrn. Reg.-Rath Krüger und dessen Stellvertreters, Hrn. Reg.-Baurath Bernhard, stand, hat schon seit längerer Zeit kein Lebenszeichen mehr von sich gegeben, und ist demnach der Vorschlag gemacht worden, den Verein, welcher in Wirklichkeit nicht mehr besteht, nun auch formell aufzulösen. Der jährliche Beitrag der Mitglieder betrug 4 Thlr. und sollten die dadurch aufgebrachten Mittel hauptsächlich dazu verwendet werden, um durch volkswirtschaftliche Autoritäten am hiesigen Orte Vorträge halten zu lassen und dadurch das Interesse für Volkswirtschaft zu erwecken. Von berühmten auswärtigen Nationalökonomen hielt Hauger aus Berlin im Sommer 1868 im Saal des Herwigschen Hotels einen sehr stark besuchten Vortrag, an welchen sich eine angrenzende Debatte und ein heiteres Gesellschaft anschloß. Ueberdies wurden in diesem Saale auch von hiesigen Kapazitäten öfters Vorträge aus verschiedenen Gebieten der Volkswirtschaftslehre gehalten. Da nun der Verein noch einen Kassenbestand von 80 Thlrn. besitzt, so ist der Vorschlag gemacht worden, denselben unter formeller Auflösung des Vereins einer hiesigen Gesellschaft zu übergeben, welche ähnliche Tendenzen, wie der volkswirtschaftliche Verein verfolgt, nämlich der polytechnischen Gesellschaft. Da dieser Gesellschaft viele ehemalige Mitglieder des volkswirtschaftlichen Vereins angehören und überdies die polytechnische Gesellschaft bei Verfolgung ihrer praktischen Ziele Gelegenheit genug hat, jenen Beitrag zu nutzen, so ist die hiesige Gewerbeschule zu verwenden, so ist es wohl unzweckhaft, daß dieser Vorschlag sich der allgemeinen Billigung seitens aller früheren Mitglieder des volkswirtschaftlichen Vereins erfreuen dürfte. Unserer ummaßgeblichen Meinung nach wäre es freilich besser, wenn der polytechnische Verein in den volkswirtschaftlichen überginge und seine jetzigen Statuten (besonders auch in Anbetracht der Beiträge) als Gesetz des volkswirtschaftlichen Vereins durchsetze; denn in Wahrheit gehören die Dinge, mit denen der polytechnische Verein sich beschäftigt, überwiegend nicht der Technik, sondern der Wirtschaftslehre an.

Ausstellung. Die polnische Gesellschaft junger Gewerbetreibender veranstaltet zu Gunsten des Nationaltheaters in Posen eine Ausstellung von Bildern und Handarbeiten. Dieselbe beginnt am 1. Juni und werden alle Maler und Inhaber bedeutender Bilder gebeten, dieselben zu der Ausstellung einzufinden. Sekretär der Gesellschaft ist Dr. Ludwig Symanski in Posen.

Die Handwerksschule wird nach einem, von dem Direktorium der Anstalt am Mittwoch gefaßten Beschuße als Sonntagsschule auch während des Sommers d. J. weiterbestehen.

Die Aufnahmeprüfung für die Sexta der Realschule fand am 23. d. M. statt. Zur Aufnahme in die deutsche Sexta hatten sich 69, zur Aufnahme in die polnische Sexta 17 Schüler gemeldet. Von ersteren wurden 35, von letzteren alle 17 aufgenommen.

Auf dem Fischmarkt beabsichtigen die Fischer auf ihre Kosten ein großes massives Fischfaß von etwa 65 Fuß Länge zur Aufbewahrung der Fische längs der Bogdanka anzulegen und wurden zu diesem Zwecke am Donnerstag Vermessungen vorgenommen.

Bei Gelegenheit der diesjährigen Frühjahrs-Kontrolversammlungen möge darauf hingewiesen werden, daß nach der neueren Gesetzgebung die Landwehr-Mannschaften aller Waffengattungen jährlich nur ein Mal und zwar im Herbst zur Kontrollversammlung kommen. Nur dienjenigen Mannschaften, welche ihr siebentes Militärdienstjahr vollendet haben, also 1862 eingetreten sind, gehören zur Landwehr, wogegen alle dienjenigen, welche jenes siebente Jahr noch nicht vollendet haben, zur Reserve zählen.

Dr. Grätz, 23. März. [Glückwunschtelegramm.] Die in Kugners Hotel zur Feier des königlichen Geburtstags versammelten Patrioten, bestehend aus Subaltern-Beamten des Kreisgerichts, Steuerbeamten, Lehrern und Bürgern aller Konfessionen übersandten während des Festessens folgende telegraphische Depesche an den König: „Die zur Feier des Geburtstags Ew. Majestät im Kugnerschen Saale Anwesenden übersendeten aus vollstem Herzen die ehrerbietigsten Glückwünsche für Ew. Majestät Wohl“, und erhielten darauf heute Abend 6½ Uhr folgende Antwort: „Im Allerhöchsten Auftrage d. n. gestern zur Feier des Geburtstags Sr. Majestät versammelten Patrioten besten Dank. Borch, Geheimer Rath.“

R. Rawicz, 23. März. [Kriegerverein.] Angelegenheit des Königlichen Geburtstages hatte auch der Kriegerverein, der älteste in hiesiger Provinz, gegenwärtig ca. 400 Mann stark, in Sorges Brauerei sich versammelt, um durch General-Appell zur Erhöhung des S. festes beizutragen. Nachdem zuvor der Vereins-Obster, Dr. Hauptmann a. D. Kropf, ein stürmisch widerhallendes Hoch auf den König ausgebracht hatte, berichtete der Vereins-Rendant, Kaufmann Schopke, über den Stand der Vereinskasse u. c. Hierbei ergab sich, daß der vorjährige Bestand 318 Thlr. betrug. Die Einnahme belief sich auf 158 Thlr. und die Ausgabe auf 132 Thlr.; es verbleibt somit ein Plus von 26 Thlr., oder 344 Thlr. Kassenbestand. 11 Vereinsmitglieder sind im Laufe des vorigen Jahres gestorben und wurde ihrem Andenken ein filles Glas geweiht.

Schwerin a. W., 20. März. [Landwirtschaftlich.] In der am 17. d. jetzigen Sitzung des hiesigen landwirtschaftlichen Vereins verteilte der Vorsitzende, Dr. Seydel, zunächst mehrere ihm vom Dr. Peters überhandte Berichte, betreffend die in mehreren Wirtschaften ausgeführten Dünghungsversuche mit verschiedenem Stiftstoff und Phosphatkörper enthaltenen Düngemitteln aus der königl. preuß. Patent-Kalifabrik des Dr. Frank aus Straßburg; dann machte er die Anwesenden mit einem Schreiben des Hrn. Jenksky aus Berlin bekannt, wonach sich derselbe erbot, Drillmaschinen gegen eine bestimmte Entschädigungssumme zu verleihen. Es wurde der Versammlung angeheimgestellt, von diesen Öfferten Gebrauch zu machen. Domänenpächter Hesler zu Althöfchen las eine Verordnung des k. Polizeipräsidiums zu Berlin vom 6. Februar d. J. vor, betreffend die Lagerung der Spiritusvorräthe dafelbst. Er beleuchtete sehr ausführlich die Nachtheile, welche dadurch der Kaufmannschaft und somit auch den Spiritusproduzenten erwachsen müßten, indem die Aufrechterhaltung dieser Verordnung das Lagern größerer Quantitäten Spiritus unmöglich machen und den Handel lähmten würde. Auf diese Weise würde auch den hiesigen Brennereien die hauptsächliche Absatzquelle nach Berlin versiegen. Die Berliner Kaufmannschaft habe bereits gegen diese die Interessen des Spiritusbandschädigende Verordnung protestiert. Die Landwirthe hätten nun die Pflicht, diesen Protest energisch zu unterstützen, weil die Interessen derselben mit denen der Kaufmannschaft Hand in Hand gingen. Die Frage: Welche Folgen räth der Verein dem Aufrufe Eläner von Gronow, in Betreff der hohen Steuerlast, die den Landmann drückt, zu geben? beleuchtet Dr. H. in allen ihren Punkten, wonach der vom Rentenamt gestellte Antrag, sich diesem Aufrufe anzuschließen, vom Verein angenommen wurde. Bei der Frage: Wie vertilgt man Disteln auf Brachböden am sichersten? kam man unter den verschiedenen Ansichten dahin überein, die Distel so früh als möglich auszutrennen, oder falls dies nicht möglich sei, sie vor der Blüthezeit mittelst einer Sense zu töpfen, um dadurch die später Samenverbreitung zu verhindern. Ebenso waren die Ansichten über die Frage: Wodurch entsteht die Gelbsucht bei den Schafen, und was thut man dagegen? gleichfalls sehr getheilt. Man hielt sie für eine Leber- oder milzbrandartige Krankheit und glaubte deren Entstehung einer Blutvergiftung zugeschrieben zu müssen. Erfahrungsmäßig bewährten sich die von Tierärzten empfohlenen Mittel gegen diese Krankheit in den seltensten Fällen, da dieselbe fast immer einen rapiden Verlauf nehme. Der Apotheker Dr. Renner war der Meinung, daß diese Krankheit jedenfalls ähnlich sei wie beim Menschen und deshalb empfiehlt er abführende Mittel, Also mit etwas Rabarber, verfüttern zu empfehlen. Neben den Anbau der blauen Lupine in hiesiger Gegend gab sich erfahrungsmäßig die Ansicht kund, daß die blaue Lupine auf Boden worauf die gelbe nicht wächst, gut deidehlt und einen bedeutend höhern Ertrag an Körnern und Rauchfutter liefere, als diese auf besserem Boden. Sie wurde als Futter für die Schafe empfohlen, ganz besonders aber noch als solches in Sauerhau eine Mischung von ungefähr 1 Schtl. blauer, darunter 2 Msp. gelber Lupinen, 2 Msp. Erbsen und 2 Msp. Buchweizen.

r. Wollstein, 23. März. [Auszeichnung. Selbstmord.] Unsere allverehrte Landräthin Freifrau v. Nuru-Bomst hatte sich gestern,

am Geburtstage des Königs, der hohen Auszeichnung zu erfreuen, in den Besitz des Louisen-Ordens zu gelangen. Freifrau v. U. zählt zu den wohlthätigsten Frauen im hiesigen Kreise, die sich namentlich im Jahre 1866 als Begründerin des hier bestandenen Kreislazareths viele Verdienste erworben, und es findet daher die ihr gewordene Auszeichnung überall die freudigste Theilnahme. — Der Viehtriebler Ankiewicz aus Unruhstadt, der verdächtigt war, vor ca. 14 Tagen den Viehhändler Hirsch aus Marzdorf bei Schwedebus auf der Chaussee zwischen Küllichau und Unruhstadt getötet zu haben, (s. Nr. 59 d. 3.) hat sich in der Nacht vor gestern zu heute im hiesigen Gerichtsgefängnisse erhängt. Eine Binde, die er um seinen frischen Fuß trug, diente ihm als Werkzeug dazu.

Bromberg, 24. März. Die gestern angelegte Aufführung des „Nonne u. Grab zu Krakau“ ist, wie die „Br. 3.“ schreibt, auf Veranlassung der hiesigen katholischen Geistlichkeit von Seiten der Staatsanwaltschaft verboten worden. Es dürfte nicht un interessant sein, hinzuzufügen, daß dasselbe Stück zum zweiten Male am Geburtstage des Königs in Stettin aufgeführt wurde. So wenigstens lesen wir im „Generalanzeiger für Stettin und die Provinz Pommern.“

X Lobsens, 23. März. [Feuer.] Am 21. März brannte in dem ¾ Teilen von hier gelegenen Vorwerke Marienthal 1 Stall und eine Scheune nieder. Mit dem Stalle verbrannten 13 Stück der Herrschaft und 3 Stück den Einlieger gehöriges Rindvieh, außerdem ein Paar vorzügliche herrschaftliche Pferde und 1 Schuhlen. Als der Brandstiftung dringend verdächtig wurde ein Knecht verhaftet und durch den Districtscommisarius dem Staatsanwalt übergeben, von diesem aber vorläufig wieder in Freiheit gestest. Da auch Getreide und Gütervorräte mit der Scheune verbrannt sind, so ist der Verlust des Besitzers nicht unerheblich.

Aus dem Gerichtssaal.

Tours, 21. März. [Prizez Bonaparte.] Schon um 5 Uhr Morgens waren alle Zugänge zum Justizpalast mit einer Unzahl von Neugierigen angefüllt. Gegen 9 Uhr ist die Menge so ungeheuer, daß man kaum zum Justizpalaste gelangen kann. Ganz Tours und Umgegend scheint sich doch Rennegos zu haben. Was die Menge noch vermehrt, ist der Umstand, daß fast alle Werkstätten und viele Komtoirs geschlossen sind, als wenn es sich um einen Festtag handle. Unter der Menge selbst herrscht jedoch keine besondere Aufregung. Der Gerichtssaal selbst war um 10 Uhr bereits gedrängt voll. Den Dienst im Innern versahen Einheitsruppen und Pompier. Im Saale selbst bemerkte man den Marshall Baraguay d' Hilliers, den Präfekten, den Maire und alle übrigen Behörden der Stadt. Unter den Anwesenden fiel besonders die Familie Noir auf. Um 11½ Uhr erschien der Gerichtshof im Saale, worauf der Gerichtsschreiber das Defret verlas, welches den Gerichtshof konstituiert. Der Angeklagte wird in den Saal geführt. Die Aufmerksamkeit ist eine allgemeine. Ein Gendarmerieoffizier und zwei Gendarmen begleiten ihn. Er trägt einen schwarzen Frack, dunkelblaue Hosen, weiße Kravatte, gelbe Handschuhe und das Offizierkreuz der Ehrenlegion. Er sieht sehr bleich und bewegt aus. Auf die Frage des Präsidenten, welches sein Name, sein Stand und seine Wohnung sei, antwortete der Prinz mit fester Stimme (er hat einen starken italienischen Akzent): Peter Napoleon Bonaparte, ohne Profession, 54 Jahre alt und in Autel, 59 Grande Rue, wohnend. Der Präsident nimmt hierauf den Geschworenen den üblichen Eid ab und hält dann eine längere Ansprache an diefelben. Er sprach zuerst den Charakter des von ihm präsidirten Gerichtshofs: „Es giebt in Frankreich“, meinte er, „ein Gefühl, welches noch stärker (jaloux) ist, als das der Freiheit, es ist das Gefühl der Gleichheit und namentlich der Gleichheit vor den Gerichten. Daher begeht man leicht, daß, wenn der hohe Gerichtshof verurteilt, selbst geistreiche Männer stupfen und sich fragen, ob diese Berufung (welche der Angeklagte selber ablehnte) vonnöthen wäre? Indessen das Gesetz lag vor, man mußte ihm gehorchen, aber diejenigen Gehorchen darf man kein Bedauern beüben; in voller Gewissensüberzeugung sage ich, daß, weit entfernt, dieses große Prinzip der Gleichheit zu gefährden, dieses Gesetz keinen anderen Zweck hat, als dessen feste Anwendung. Die Gerichtsbarkeit kann nur dann für Alle eine gleiche sein, wenn sie stark genug ist, um Alten gegenüber falt und unparteiisch zu bleiben. In gewöhnlichen Seiten erfüllt sich diese Pflicht leicht, aber in erregten Seiten können Umstände zusammentreffen, vor denen selbst die stärksten Geister zittern. Dann muß man die Mittel dem Werke annehmen und dem Gesetz eine der Alltäglichkeit überlegene Macht verleihen.“ Der Präsident erinnert hier ferner an ähnliche Einschätzungen in England, Nordamerika und der alten französischen Monarchie, die zu gehorchen er nicht unterläßt. „Seit 1789“, fährt er fort, „hat unsere Gesetzgebung denselben Zweck, aber auf anderen Wegen verfolgt; sie verlangte die nämliche Kraft, welche das alte Regime von der Autorität verlangte, von der Freiheit.“ Der Präsident präzisiert hier die Gerichtsorganisation Frankreichs und findet, daß dieselbe eine vorzülliche ist, weil sie die Institution unabsehbaren Richter mit denjenigen des Schwurgerichts in Verbindung bringt. Geschworener sein, heißt ein Recht ausüben, aber es heißt auch ein durchdringliches Wirken (action) ausüben. Niemals hat man beansprucht, daß allgemeine Stimme sollte die Geschworenen bestimmen; dazu bedarf es einer Auswahl, und wie misstrauisch wurde eine solche stets aufgenommen! Der Präsident hebt nun hervor, daß die Geschworenen des hohen Gerichtshofes aus den Generalräthen durch das Voos bestimmt werden, die Generäle aber durch das allgemeine Stimmmrecht erwählt sind, und findet diese Kombination vorzüllich. „Die Zahl der Geschworenen ist verdreifacht; die zur Verurteilung nothwendige Zahl ist erhöht, im Übrigen gilt das Landes-Strafgesetz.“ Die Ausnahme sei, meint der Präsident, daß der Angeklagte vor Geschworenen des ganzen Landes, nicht aber vor denen eines Kreises erscheint. Der Präsident geht dann auf den vorliegenden Prozeß über und bemüht sich, darzutun, daß derselbe in keiner Weise einen politischen Charakter habe. Es handle sich hauptsächlich um die Frage, ob der Angeklagte das Gesetz verletzt habe: „Du sollst das Blut Deines Nächsten nicht vergießen.“ Der Präsident zollt den Behörden und der pariser Bevölkerung Achtung und Anerkennung wegen ihres Verhaltens bei diesem „schmerzlichen Ereignisse“. Schließlich fordert er die Geschworenen auf, ohne Leidenschaft, ohne Rücksicht, namentlich aber ohne Politik ihr Urtheil abzugeben. Hier entstand der erste Zwischenfall. Dr. Bourin, der Advokat der Familie Noir, verlangte, daß Rochefort als Zeuge zitiert werde, welchem Verlangen der Präsident auch sofort entsprach. Das Verhör des Angeklagten beginnt hierauf. Präs.: Angeklagter, Sie sind erst im Jahre 1848 nach Frankreich gekommen? Angell.: Ich bin schon vorher dort gewesen mit Bewilligung der Zuliegerung. Präs.: Gut, aber erst seitdem haben Sie sich in Frankreich niedergelassen und wurden zum Mitgliede der konstituierenden Versammlung ernannt. Vorher hatten aber die Journale Sachen über Sie gebracht, die freilich aus unverlässlichen Quellen stammen und die man nicht leicht verifizieren kann. Im Übrigen haben Sie mit der gegenwärtigen Anklage nichts zu thun und wir lassen Sie bei Seite. Sollte die Sprache darauf zurückkommen, so haben Sie Gelegenheit, sich darüber auszulassen. Für jetzt erinnern wir Sie nur an eine Thatfrage aus dem Jahre 1849. Sie waren damals Mitglied der Nationalversammlung und verzeigten eines Tages einem Ihrer Mitglieder einen Faustschlag ins Gesicht, und zwar in öffentlicher Sitzung. Angell.: Ich habe bereits damals Aufklärung gegeben; heute kann ich nur sagen, daß ich auf Beleidigungen antwortete und appelliere in dieser Beziehung an den damaligen Justizminister Hn. Odilon Barrot, mit dem ich damals auf bestem Fuße stand. Der Präsident läßt hier das Urtheil verlesen, welches im Jahre 1849 den Angeklagten zu 200 Fr. Geldbuße verurtheilte, und aus welchem Hervorgeht, daß die mildernden Umstände darin bestanden, daß die Ehre der Familie des Angeklagten verletzt worden war. Präs.: Immerhin war es beläugenswerth, daß Sie in öffentlicher Sitzung sich zu einer Handlung hinziehen ließen. Angell.: Ich habe sofort auf der Tribüne erklärt, daß ich damit die Volksvertretung nicht verletzen wollte. Präs.: Seit 1851 sind Sie ins Privatleben zurückgetreten und haben seither in Korfka, teils in Auteuil-Paris gelebt? Angell.: Ja, in Folge der Mahregel, welche die Nationalversammlung aufstellte. Präs.: Welche Beziehungen hatten Sie zu dem Journal „L'Avenir de la Corse“ und zu seinem Direktor, Hrn. Della Rocca? Angell.: Meine Beziehungen zu Hrn. Della Rocca waren so vorzüglich, wie sie nur zu einem Mann können. Präs.: Sie haben an Hrn. Della Rocca einen Brief geschrieben, dessen Eingang ganz unzulässig ist; aber am Schlusse finden sich wahrhaft bedauerliche Sätze, z. B. . . . Der Präsident verliest hier einen Artikel der Zeitung, den man der Lokalausdruck wegen nicht wiedergeben kann, in dem sich aber u. s. W. finde, wie siege Jurasse, Werrather an ihrem Lande u. s. w. Dieses Blatt, fährt der Präsident fort, war in heftigem Streite mit der „Revanche“ und Ihr Artikel hat bedauernswerthe Folgen gehabt. Sie selbst, mit dem Namen, den Sie tragen, mußten am meisten bedauern, sich so weit haben hinreisen zu lassen. Die „Revanche“ hat auf diesen Artikel ihrerseits einen veröffentlicht, der, man muß es sagen, eben so heftig wie der Ihre war. Daher stammten die Angriffe der Marcellaise, über die Sie sich beklagten und wegen deren Sie Herrn Rochefort forderten. — Angell.: Ich wollte mich gegen Insulten schützen. Ich konnte nicht zu lassen, daß in Korfka, wo der Kultus Napoleons allgemein ist, man sich zu Angriffen hinreißen ließe, die übrigens nur von einer unbedeutenden Minderheit ausgehen. Präz.: Immerhin hätten Sie sich wohl zurückhalten können, aber Ihre Erregtheit hat diesen unglückseligen Auftritt vom 10. Januar herbeigeführt. Sagen Sie uns, was sich zutrug, als jene Herren sich bei Ihnen einfanden. — Angell.: Gegen 2 Uhr Nachmittags überbrachte mir eine Magd im Salon die Karten von zwei Herren, die mich zu sprechen wünschten. Da ich Tags vorher Herrn Rochefort gefordert hatte, glaubte ich natürlich, daß sie in seinem Auftrage kämen. Ich zog einen Überrock an und fand in dem Zimmer, in welches ich eintrat, zwei Herren, von denen ich später erfuhr, daß es die Herren Victor Noir und die Bonvielle waren. Sie hatten die Hände in den Hosentaschen und sahen mich drohend an; sie hielten mir ein Papier entgegen und sagten beide zugleich: „Lesen Sie dieses“. Ich las und sah, daß es ein Schreiben von Herrn Grouzet war, und sagte: „Sie kommen also nicht im Auftrage des Herrn Rochefort?“ Mit Rochefort will ich mich schlagen, aber mit einem seiner Handlanger nicht!“ Daranbei sagte mir der Grügere (Noir), aber, lesen Sie doch den Brief! Ich antwortete: „Er ist gelesen! Sind Sie solidarisch mit ihm?“ Da schlug er mich ins Gesicht, während er mich zielte. In demselben Augenblick schoß ich auf den, der mich geschlagen hatte, der andere versteckte sich hinter einem Sessel, aber immer auf mich zielen. Ich aber ging auf ihn zu, und feuerte zum zweiten Male. Sich bückend schritt er durchs Zimmer, um die Thüre des Billardzimmers zu gewinnen. Ich hätte ihn geschnell niederschießen können während er an mir vorüberging, da er noch immer seine Waffe gegen mich richtete. An der Thüre des Billardzimmers zielte er wieder auf mich, und ich feuerte dann zum dritten Male. Ich fragte dann einen Mann von Herz, der hier gegenwärtig ist, ob er unter solchen Umständen anders gehandelt haben würde? Präz.: Wir werden auf den Vorgang näher eingehen. Ihre Erklärung stimmt nicht überein mit gewissen anderen Aussagen. Sie kamen aus Ihrem Schlafzimmer, traten in den Salon und fanden sich zwei Personen gegenüber. — Angell.: Ja. Präz.: Wechselt nahmen Sie Ihren Revolver mit? — Angell.: Ich hatte ihn in der Tasche. Präz.: Aber hätten Sie ihn nicht zurücklassen können, da Sie im Glauben waren, es seien die Sekundanten, des Herrn Rochefort, die auf Sie warteten? Das war ein Grund mehr, ohne Waffen zu erscheinen; Sie sind Waffenliebhaber und schienen gern in Ihrem Garten. Aber ich frage Sie, warum haben Sie in dem Augenblicke, wo Sie glaubten, die Sekundanten des Herrn Rochefort zu empfangen, Ihre Waffen nicht abgelegt? — Angell.: Ich habe nicht daran gedacht. Präz.: Es liegt aber auch noch ein wichtiger Umstand vor, daß Sie nämlich nicht bloss Ihren Revolver in der Tasche, sondern auch in der Tasche Ihre Hand auf dem Revolver hatten. — Angell.: Freilich war mein Revolver in der Tasche und meine Hand auf dem Revolver. Präz.: Sie hätten diesen Umstand also außer Acht gelassen. — Was haben Sie den beiden Herren, die Sie im Salon trafen, geantwortet? — Angell.: Ich will mich mit Rochefort schlagen, aber mit keinem seiner Handlanger. Präz.: Hier de Bonvielle sagt, daß Sie sich anderer Ausdrücke bedient haben. — Angell.: Dann sagt er eine Unwahrheit. Uebrigens habe ich nicht die Gewohnheit, mich anderer Ausdrücke zu bedienen. Präz.: Daraufhin sind Sie näher herangetreten, und in diesem Augenblicke soll also Noir Sie geschlagen haben. — Angell.: Ja, als ich sagte: „Sind Sie solidarisch mit ihm?“ Darauf schlug er mich und Bonvielle bedrohte mich. Es ist ganz gewiß, daß er sein Pistole eher aus der Tasche gezogen hatte, als ich das meine. Präz.: Haben Sie gegeben, daß Bonvielle sein Pistole zog? — Angell.: Freilich war mein Revolver in der Tasche und meine Hand auf dem Revolver. Präz.: Sie hätten diesen Umstand also außer Acht gelassen. — Angell.: Ich habe mich nicht mit ihm, sondern mit Bonvielle befunden, der mich bedrohte. Präz.: Hat Sie es denn aber nicht gewundert, daß ein junger kräftiger Mann, auf den Sie schielen, sich nicht auf Sie wirft, statt ruhig, unbeweglich zu bleiben? — Angell.: Er ging fort. Präz.: Ja, er ging fort, ohne ein Wort zu sagen, ohne einen Vorwurf für Sie, und Sie haben nicht wahrgenommen, daß er verwundet war? — Angell.: Ich habe mich mit Bonvielle beschäftigt. Präz.: Sie haben seine Wunde nicht gesehen, sonst hätte sich Ihre Aufregung gezeigt. Haben Sie ihn aber nicht hinausgehen lassen? Angell.: Bonvielle juckte immer den Hahn seines Pistols zu spannen. Präz.: Und kam nicht dazu? Angell.: Er hatte vergessen, den Ladenstock herauszunehmen. Präz.: Ist es wahr, daß Sie gerade in diesem Augenblicke auf ihn schossen? Bonvielle behauptet, daß Sie ihm gerade in diesem Augenblicke den Weg versperrt und Sich vor die Ausgangstür gefestigt haben. — Angell.: Ich habe mich nicht verzögert, und in diesem Augenblicke soll die Thür des Billardzimmers sich zu schließen. Präz.: Ganz gewiß, daß Sie die Geschworenen des hohen Gerichtshofes aus dem Generalraten durch das Voos bestimmt werden, die Generäle aber durch das allgemeine Stimmmrecht gewählt sind, und findet diese Kombination vorzüllich. — Angell.: Ich habe mich in der Tasche des Billardzimmers auf mich schließen lassen. Präz.: Das Futter

welcher gleich nach der Nordthat zu dem Prinzen kam. — Derselbe erzählte: Am letzten 10. Januar war ich auf der Polizeipräfektur, als man mich benachrichtigte, daß in dem Hause des Prinzen zu Auteuil Victor Noir erschossen worden sei. Als ich in des Prinzen Wohnung ankam, erklärte mir derselbe, daß Victor Noir ihm eine Ohreise gegeben, und er in Folge dessen auf ihn geschossen habe. Er überreichte mir einen Hut, einen Revolver und andere Dinge, die als Beweise dienen sollten. Ich nahm die Erklärung zu Protokoll. Präf.: Was ist aus dieser Schrift geworden? — Angell.: Ich weiß es nicht. Präf. (zum Beugen): Haben Sie gehört, daß Ulrich de Bonville, als er die Wohnung des Prinzen verließ, gesagt hat: „Er hat meinen Freund getötet, aber er hat eine fürchterliche Ohreise erhalten!“ — Beuge: Ich habe darüber nichts Directes gehört; ich habe davon nur durch Briefe Kenntnis erhalten. Präf.: Sie wissen also selbst nichts. — Beuge: Nein. Präf.: Haben Sie nicht gehört, daß man außerhalb Drohungen ausgestoßen und die Bewohner des Hauses in Angst und Schrecken versetzt waren? — Beuge: Ja, der Kutscher und der Stallknecht haben es für nötig erachtet, das Thor zu schließen, aber ich habe keinen Beugen über diese Thatsachen vernommen. Lerouz (Advokat des Angeklagten): Ist eingebrochen worden. — Beuge: Ein Theil des Gartens ist durch eine Holzwand abgeschlossen. Die Thür derselben wurde eingeschlagen. Lerouz: Die Gouvernante der Kinder, welche die Drohungen der Menge auf der Straße hörte, flüchtete sich mit den Kindern in den Pavillon des Gartens. Da man dort die Thür einschlug, so löste sie die Lichter aus, und versteckte sich mit den Kindern. Bloquet (Advokat der Bövillpartei): Ich wünsche vom Beugen zu erfahren, ob er die Erzählung, welche ihm der Prinz mache, wörtlich aufgeschrieben hat? — Beuge: Ja. Präf. (zum Angeklagten): Der nächste Beuge ist der Sekretär des Polizeikommissars, dessen Aussagen fiktiv sind, wie die des Polizeikommissars.

Tours, 24. März. (Tel.) Im Prozeß Peter Bonaparte findet die Fortsetzung des Beugenverhörs statt. Rochefort erzählt die Vorgänge bei der Herausforderung und fügt hinzu, Emanuel Arago habe ihm, als er von der Herausforderung gehört, gesagt, er möge vorsichtig sein, weil der Prinz sehr gefährlich sei. Die Beugen erklären, von der Neuherzung Bonvielle, daß Noir den Prinzen geohrfeigt habe, nichts gehört zu haben. Andere Beugen, Redakteure demokratischer Journale, versichern, daß Noir einen sehr sanften Charakter gehabt habe. Rochefort mußte hierauf wegen Unwohlseins den Audienzsaal verlassen. Mehrere Beugen erhielten den streitsüchtigen Charakter Noirs. Anläßlich des Benehmens des Prinzen Peter bei einem früheren Vorfall wird ein lebhafter Wortwechsel zwischen dem Prinzen und dem Advokaten Laurier geführt. Bonvielle ruft dazwischen: „Sie haben Noir seige ermordet!“ Die Sitzung wird unterbrochen, der Generalprokurator fordert, daß Bonvielle aus dem Sitzungssaal entfernt werde.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Aus J. Guttentags Verlag (Berlin) liegen uns einige juristische Schriften vor. Zunächst das 7. und 8. Heft des 3. Bandes der geschätzten „Zeitschrift für Gesetzgebung und Rechtspflege“ in Preußen. Herausgegeben von Dr. J. Gr. Behrend, Gerichtslektor und Privatdozent. Das bezeichnete Doppelheft bringt zunächst den 2. Abschnitt des Aufsages „Die Rechtshilfe im Norddeutschen Bunde.“ Der Verfasser, Professor Endemann, Ober-Appell-Rath zu Jena, hatte im ersten Abschnitt das Bundesgesetz vom 21. Juni 1869 mit Bezug auf die Rechtshilfe im Privatrecht erläutert, im zweiten beleuchtet er das Gesetz mit Bezug auf das Strafrecht. Diese Materie, schon wichtig an und für sich erhält noch eine besondere zeitgemäße Bedeutung durch den Abschluß eines Jurisdiktionsvertrages mit Baden. — Prof. William Lewis in Berlin liefert einen schwägerlichen Beitrag „Sur Lehrs von der Autonomie des hohen Adels.“ Kammergerichtsrat Kurlbaum beleuchtet die preußischen Gegenwürfe über Grundbesitz und Hypothekenrecht, die das Abgeordnetenhaus bereits durchberaten hat. Wir übergeben die übrigen meist sehr zeitgemäßen Mittheilungen des vorliegenden Heftes und erwähnen nur noch, daß Koch darin seine Erläuterungen zum Entwurf einer Prozeßordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten für den Norddeutschen Bunde fortsetzt.

Der Entwurf dieses Gesetzes hat bereits eine nicht unbedeutende Literatur hervorgerufen. Eine neue kritische Schrift liefert Justizrat J. v. Mittelstädt in Reutlingen unter dem Titel „Beurtheilung einiger Abschnitte des Entwurfs einer Norddeutschen Prozeßordnung.“ Der erste Theil, welcher uns vorliegt, enthält nicht weniger als 98 Seiten Groß-Oktav.

Ganz zur rechten Zeit erscheint auch die Behandlung einer Materie des Strafgesetzbuches. Die Broschüre führt den Titel: „Die Verleistung zum falschen Eide als selbstständiges Verbrechen mit Bezug auf § 139 des Entwurfs eines Strafgesetzes, f. d. Nord. B. und § 30 des Strafgesetzbuches“ vom Kreisrichter Dr. A. S. Schulze. Die Abhandlungen, welche der Verfasser auf Grund einer trefflichen Unterjübung über das Wesen des Eides vorschlägt, verdienen alle Beachtung.

* Von dem im Verlag von J. A. Brockhaus erscheinenden politischen Handbuch, Staatslexikon für das deutsche Volk, liegt nunmehr 8. Lieferung und damit der Schluss des ersten Bandes vor; derselbe reicht bis zu dem Artikel „historische Schule“ und enthält im Ganzen über 500 Spezial-Artikel aus dem Gesamtgebiet der Politik, des Staats- und Volkerrechts, der Gesellschaftswissenschaft, der Volks- und Finanzwirtschaft, des Kirchen- und Schulwesens, der politischen Geographie und Statistik der verschiedenen Länder und Völker, die bedeutendsten Fragen der Gegenwart; die wichtigsten Prinzipien werden in längeren und ausführlicheren Aussägen eingehend und lebhaft behandelt, und was ein Hauptvorzug des Werkes ist: die Darstellung zeichnet sich überall durch prägnante, klare und populäre Fassung aus.

* Dr. Lasker hat die Rede, welche er am 28. Februar d. J. im Reichstage über die Todesstrafe hielt, bei W. Peters in Berlin veröffentlicht. Die Broschüre kostet 3 Sgr.

* Bei Trewendt in Breslau erscheint in den nächsten Tagen ein Roman von Ludwig Habicht unter dem Titel: „Zwei Höfe“. Der Verfasser hat sich bereits durch seinen ersten historischen Roman: „Der Stadtschreiber von Liegnitz“ einen geachteten Namen erworben, und dies neue größere Werk, mit dem jetzt Ludwig Habicht vor die Öffentlichkeit tritt, dürfte die Erwartungen noch übertrifft, die man auf sein glückliches Geschäftstalent gesetzt. Die „Zwei Höfe“ haben schon bei ihrer ersten Veröffentlichung in der „Königl. Zeitung“ allgemeines Aufsehen erregt und sind mit dem lebhaftesten Interesse gelesen worden. Man rühmte die scharfe Charakteristik, den glücklichen Humor, die außerordentlich belebte Handlung, die bis zu Ende die wärmste Theilnahme des Lesers zu erringen weiß. Schon die Tendenz des Romans würde ihm das Recht auf Beachtung sichern. Noch stehen wir mitten in der Lösung der großen nationalen Fragen, die uns alle beschäftigen. Der Verfasser sucht Sinn und Begeisterung für das große Ganze zu erwecken, er hat deshalb seinem Werke das Göttliche Motto vorangestellt: „Aber so wende nach innen, so wende nach außen die Kräfte jeder; da wär ein Feind Deutscher mit Deutscher zu sein“ und dieser Gedanke zieht sich als rother Faden durch seine ganze Dichtung. Wir können deshalb schon jetzt Ludwig Habichts „Zwei Höfe“ als eine fesselnde, anregende Lektüre empfehlen.

Staats- und Volkswirtschaft.

△ **Berlin**, 22. März. [Aufruf. Buchausstellung.] Von zahlreichen angesehenen Landwirthen wird ein Aufruf im Sinne des sogenannten Breslauer Programms erlassen. Die wesentlichen Punkte derselben sind: Eine gleichmäßige Verteilung der direkten und indirekten Steuern, damit der jetzt überbürdeten Grundbesitz auf gerechtem Wege entlastet werde. Das Freihandelsystem darf nicht einseitig zum Nachtheile des Grundbesitzes ausgebeutet werden. Es sei auf eine schriftliche Verminderung der Landwirtschaftsförderungen des Einfuhröls hinzuwirken. Alle das Gemeine der Landwirtschaft behindernden Schranken, namentlich die Schlacht- und Mahlsteuer, seien zu beseitigen. Alle Frachtfälle des inneren Verkehrs seien denen des Durchgangsverkehrs gleich zu setzen. Die Entschädigungen für die vom Grundbesitz im Frieden wie im Kriege aufzubringenden Natural-Leistungen seien pünktlicher als bisher zu gewähren und so zu bemessen, daß sie von der ganzen Nation in gleichem Verhältniß getragen würden. Die Kosten beim Übergange der Immobilien von einer Hand in die andere, seien erheblich zu vermindern, bei Reorganisation der Kreisordnung und der ländlichen Polizeiverwaltung sei eine Kostenvermehrung und neue Belastung zu vermeiden. Dabei der zu erreichenden Dezentralisation und Selbstverwaltung eine Entlastung der Staatskasse eintrete, so sei ein entsprechender Theil der

Grund- und Gebäudesteuer den Provinzen und Kreisen zu überweisen. — Mit der 28. Wanderversammlung deutscher Land- und Forstwirthe zu Stuttgart soll eine Buchausstellung zu Kiel verbunden werden. Gleichzeitig soll derselbe auch eine Gartenbauausstellung veranstaltet werden. Ebenfalls im September soll in Slogau eine Thierschau nebst Produktionsausstellung, Maschinenmarkt und Bettrennen veranstaltet werden. — Nach hier eingegangenen Berichten aus Egypten hat sich, wie lange Zeit auch erst der Suezkanal benutzt wird, doch schon herausgestellt, daß die Dampfschiffahrt in dem Verkehr zwischen Europa und Indien der Segelschiffahrt gegenüber einen großen Aufschwung nimmt. Der Verkehr mit Süd- und Ostasien, der bisher den Häfen Englands, Frankreichs und Hollands vorzugsweise zufiel, fängt an, sich mehr in Triest zu konzentrieren, wenigstens für den deutschen Bezug von indischen und chinesischen Waren, namentlich von Baumwolle, in deren Anbau Ostindien Amerika eine sehr erfolgreiche Konkurrenz verursacht. Die Baumwolle gedeiht vorzüglich in Ostindien und es sind noch große Strecken vorhanden, die sich zum Baumwollanbau eignen, bis jetzt aber noch nicht dazu benutzt worden sind.

Bermischtes.

* Ein Rechtsfall, welcher vor dem Bezirksstrafgericht in Darmstadt zur Verhandlung kommen soll, zeigt recht deutlich, wie die Annahmen des auch in Hessen in vollster Blüthe stehenden römischen Ultramontanismus bereits tief in die bürgerlichen und staatlichen Verhältnisse eingreifen und wie ernst die Pflicht der Staatsgewalt ist, jenen Annahmen, welche nach dem Plan der Jesuiten in der Nähe zu Rom ihren letzten Triumph feiern sollen, einen Stiel zu setzen. — Ein vormaliger Offizier, schreibt die „Mainzeitung“, früher zu Bensheim wohnend, ist durch zwei Polizeidienst denunziert worden, die Lehre der katholischen Kirche von der unbefleckten Empfängnis der Gottesmutter Maria herabgewürdigt zu haben. Wenn man sich nun schon wundern darf, daß in einem Lande, in welchem von ultramontaner Seite der ganz Protestantismus und dessen Lehren ungern öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde, so gewinnt doch die Sache auch noch durch eine andere Seite einen interessanten Charakter. Ueber die Frage der unbefleckten Empfängnis der Maria (nicht zu verwechseln mit der unbefleckten Empfängnis Christi) war von jeher in der katholischen Kirche Streit. Kein Konzil hat sie als Dogma anerkannt, und katholische Kirchenleger verdeckt öffentlich beschimpft und herabgewürdigt werden, eine solche Anklage überhaupt erhoben wurde

Bekanntmachung

der Konkurs-Öffnung und des offenen Arrestes; Aufforderung der Konkurs-Gläubiger.

Über das Vermögen des Kaufmanns Victor Beyer zu Pleschen ist der kaufmännische Konkurs im abgekürzten Verfahren eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 16. März 1870 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann Thomas Musielewicz zu Pleschen bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 1. April 1870,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissarius, Herrn Kreisrichter Hassett, anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge zur Bestellung des definitiven Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum

15. April 1870 einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen, und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzulefern. Pfandhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Augleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

8. April 1870 einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden, und demnächst zur Prüfung der sämtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen

auf den 12. April 1870,

Vormittags 10 Uhr,

in unserem Gerichtslokale vor dem Kommissarius Herrn Kreisrichter Hassett zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Gerichts-Bezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am diesigen Orte wohnhaften Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschafft fehlt, werden die Rechtsanwälte: Justiz-Rath Niedenbürg und Rechtsanwälte v. Broekeler, v. Trzaska und Mener zu Sachwaltern in Vorschlag gebracht.

Pleschen, den 18. März 1870.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Neu-Debno unter Nr. 6 belegene, dem Włodzimierz Urbanowic und dessen Ehefrau Katharina geborenen Dęgielska gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalt von 33,50 Morgen der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Steinertrage von 2 Thlr. 5 Gr. 4 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungsvermögen von 50 Thlr. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Donnerstag, 9. Juni d. J.,

Vormittags um 10 Uhr,

im Lokale des königlichen Gerichtstags-Kommission zu Stensewo versteigert werden.

Posen, den 14. März 1870.

Königliches Kreisgericht.

Der Subhastations-Richter.

Heyl.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt Posen auf der Vorstadt Schroda unter Nr. 38 (Warczauerstr. Nr. 11) belegene, dem Wojciech Depezsinski und dessen Ehefrau Antonina geborenen Wierzbinska gehörige Hausgrundstück nebst Garten, welches mit einem Flächeninhalt von 0,60 Morgen zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungsvermögen von 66 Thlr. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Dienstag, 31. Mai d. J.,

Vormittags um 10 Uhr,

im Lokale des königlichen Kreisgerichts hier selbst, Zimmer Nr. 13, versteigert werden.

Posen, den 16. März 1870.

Königliches Kreisgericht.

Der Subhastations-Richter.

Heyl.

Bekanntmachung.

Die 310 Fuß lange Trottoirlegung am grünen Platz längs des Ober-Präsidial-Gartens daselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Bedingungen und Kostenanschlag zu dieser Anlage sind täglich in meiner Wohnung zur Einsicht zu haben. Die diesfälligen Preisoffer sind versiegelt und mit der Aufschrift "Offerte über Trottoirlegung" bis zum 8. April c. an den Schloß Kastellan Senftleben einzureichen, an welchem Tage Mittags 11 Uhr die Öffnung der Offeranten stattfinden wird.

Posen, den 23. März 1870.

Der königliche Landbaumeister

Claus.

Bekanntmachung.

Bei der heute stattgefundenen 4. Verlosung der Chaussee-Obligationen des Koszener Kreises sind folgende Nummern gezogen worden:

- I. Litt. A. über 1000 Thlr.
Nr. 26.
- II. Litt. B. über 500 Thlr.
Nr. 67.
- III. Litt. C. über 100 Thlr.
Nr. 154. 389.
- IV. Litt. D. über 50 Thlr.
Nr. 27.

Die Eigentümer dieser Obligationen werden hiermit aufgefordert, dieselben in kursfähigem Zustande nebst den Binscheinen Nr. 2 bis inkl. 10 und Salons

am 1. Juli c.

bei der Kreis-Chausseebaukasse hier selbst abzuliefern und den Nennwert dafür in Empfang zu nehmen.

Eine weitere Verzinsung findet nicht statt, und wird für die fehlenden Binscheine der Beitrag vom Kapital in Abzug gebracht werden.

Gleichzeitig werden die Inhaber der durch die früheren Verloosungen gekündigten und noch im Umlauf befindlichen Obligationen Litt. C. Nr. 31. 73. 208. 233. 287. 387. 388 und Litt. D. Nr. 14 und 174 an deren Einlösung hierdurch erinnert.

Koszno, den 18. März 1870.

Königlicher Landrat.

Delta.

Bekanntmachung.

Die Subhastation des Salomon und Pesse Kronheim'schen Grundstück Storchennest Nr. 9 ist aufgehoben.

Lissa, den 18. März 1870.

Königliches Kreisgericht.

Der Subhastations-Richter.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt Posen unter Nr. 113 der Vorstadt Jawade belegene, d'm Gutsbesitzer Johann Carl Thaddaeus Freyer und dessen Ehefrau Marianna geborenen v. Tymczewski gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalt von 2,65 Morgen der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Steinertrage von 2 Thlr. 5 Gr. 8 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungsvermögen von 50 Thlr. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Sonnabend 11. Juni d. J.,

Vormittags um 9 Uhr,

im Lokale des diesigen königlichen Kreisgerichts, Zimmer Nr. 13, versteigert werden.

Posen, den 14. März 1870.

Königliches Kreisgericht.

Der Subhastations-Richter.

Heyl.

Im Hypothekabuch des Grundstücks Tarnieczna Nr. 1 steht Rubr. III Nr. 3 eine Forderung von 126 Thlr. nebst Binsen (Rest von ursprünglich 150 Thlr.) für die fünf Geschwister Anna Emilie-Amalie, Pauline-Johann, Andreas-Wilhelm, Carl und Anna-Mathilde Karnecki subingrossirt.

Diese Forderung ist bereits löschungsfähig quittiert, das Document über dieselbe aber, bestehend aus der gerichtlichen Schuld- und Pfandverschreibung vom 19. Februar 1859, dem Hypothekabuchsauszug vom 23. Februar 1859, der Ingrossierungssnote vom 5. März 1859, sowie dem abgekürzten Auszuge und Subingrossationsvermerk vom 26. Oktober 1863, angeblich verloren gegangen.

Die Inhaber dieser Hypothekpost und des gebrochenen Instruments werden aufgefordert, ihre etwaigen Ansprüche darauf spätestens in dem

am 12. Juli 1870.

Vormittags 10 Uhr.

vor dem Herrn Kreisrichter Behmer in unserem Gerichtslokale anberaumten Termine anzumelden, widergegenfalls sie damit werden präklubirt und das Document behufs Löschung amortisiert wird.

Terkow, den 19. März 1870.

Königliches Kreisgericht.

Der Subhastations-Richter.

Heyl.

Nachlass-Auktion.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts werde ich Montag den 28. März, von früh 9 Uhr ab, St. Martin Nr. 56 b, im Mittelelsischen Grundstück, den Oberst-Lieutenant v. Salisch'schen Nachlass, bestehend aus Sophia, Fauteuils, Tische, Cylinderbureau, Wäsche, Haus u. Küchen-Geräthe, Offizier-Equipirungsgegenstände; demnächst eine goldene Rose, Brillantcollier, goldene Uhr u. Kette, Doppelsünde und sonstige Schuhwaffen, öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung versteigern.

Rychlewski,
Königl. Auktions-Kommissarius.

Bücher-Auktion.

Montag, den 28. März c. und den folgenden Tag von 9 Uhr Morgens ab, werde in der Buchhandlung des Antiquars F. Nabok Gr. Gerberstr. Nr. 5 die dort vorhandenen Büchervorräthe bestehend aus circa 1200 Bänden (worunter ca. 500 Schulbücher zu höhere Lehramtsfächern), einige Repositoryn und sonstige Geräthschaften, eine große Lampe, einige Bilder, verschiedene Schreibmaterialien, bestehend aus Faberschen Bleistiften, Stahl-federhaltern, Brief-Kovers, Tinte, &c. im Wege öffentlicher Licitation gegen sofortige Zahlung an den Meistbietenden versteigern.

Drange,
Auktions-Kommissiar.

Obwieszczenie.

Przy odbytem w dniu dzisiejszym 4. losowaniu obligacji szosowych powiatu Koscielskiego wylosowano następujące numery:

- I. Litt. A. na 1000 Tal.
Nr. 26.
- II. Litt. B. na 500 Tal.
Nr. 67.
- III. Litt. C. na 100 Tal.
Nr. 154. 389.
- IV. Litt. D. na 50 Tal.
Nr. 27.

Właściciele tych obligacji wzywają się niniejszym, aby takowe w stanie kursowym z kuponami prowizyjnymi Nr. 2. do właściwie 10. i z talonem

L. Lipca r. b.

do tutejszej kasy szosowej oddali a natomiast walutę odebrali.

Dalsze oprocentowanie ustaje, za brakujące kupony odciągnie się należytość z kapitału.

Równocześnie wzywają się niniejszym właściciele już dawniej wylosowanych a dodatk jesczecie nie prezentowanych obligacji Litt. C. Nr. 31. 73. 208. 233. 287. 387. 388 i Litt. D. Nr. 14 i 174 do odbrania kapitałów.

Koszno, dnia 18. Marca 1870.

Królewski radca ziemiański.

Delta.

Ein Landgut

in der Nähe von Kurnit, 115 Morgen incl. 20 Mg. Wiege, volls. Invent. u. fest. Hypoth. ist unter günst. Bed. a. fr. Hd. sof. zu verkaufen.

Akt. sub N. O. posta rest. Kurnit.

Ab 1./13. Januar 1870 ist das Majorat Czajkowice nebst dazu gehörigen Waldungen und den Vorwerken Zerkli, Suchowice, Demyczyna und Mikowizna, belegen im Gouvernement Suwalki, 25 Wert von der Stadt Suwalki, für den äußersten Preis von Rubel S. 1500 jährlich in Pacht zu vergeben. Näheres ist zu erfahren bei Madame Wasow in St. Petersburg (Petersburger Quartier, Große Spas-Straße Nr. 9).

Meine in Komorowo-Hau-land bei Neustadt b. P. belegene, aus 126 Morgen Weizen- und Gerstenboden bestehende Wirthschaft mit guten Gebäuden will ich aus freier Hand verkaufen. — Meldungen beim Eigentümer

Wilhelm Schulz,

Komorowo-Hld. bei Neustadt b. P.

Mein massives Haus, in einer der hiesigen Hauptstraßen belegen, in welchem seit vielen Jahren ein Bäder Geschäft mit gutem Erfolg betrieben worden ist, zu welchem noch ein kleineres massiv gebautes Wohnhaus, bestehend aus vier Räumen, und außerdem ein Brunnen auf dem Hofe und ein kleiner Garten gehört, bin ich Willens, umzugshaber unter guten Bedingungen, aus freier Hand zu verkaufen.

Reiseleute wollen sich über das Nähe in frankten Briefen direkt an mich wenden.

Zerkow, den 23. März 1870.

A. Posener,

Bädermeister

Deffentliche Dankdagung.

In einem Alter von 89 Jahren erkrankte meine Mutter, die Witwe R. Jarecki in Zerkow, zum ersten Male so schwer, daß alle an ihrem Aufkommen zweifelten, da sie an einer schweren Lungenerkrankung erkrankte. Durch die rathlos Thätigkeit und den unermüdeten Fleiß des dortigen Arztes

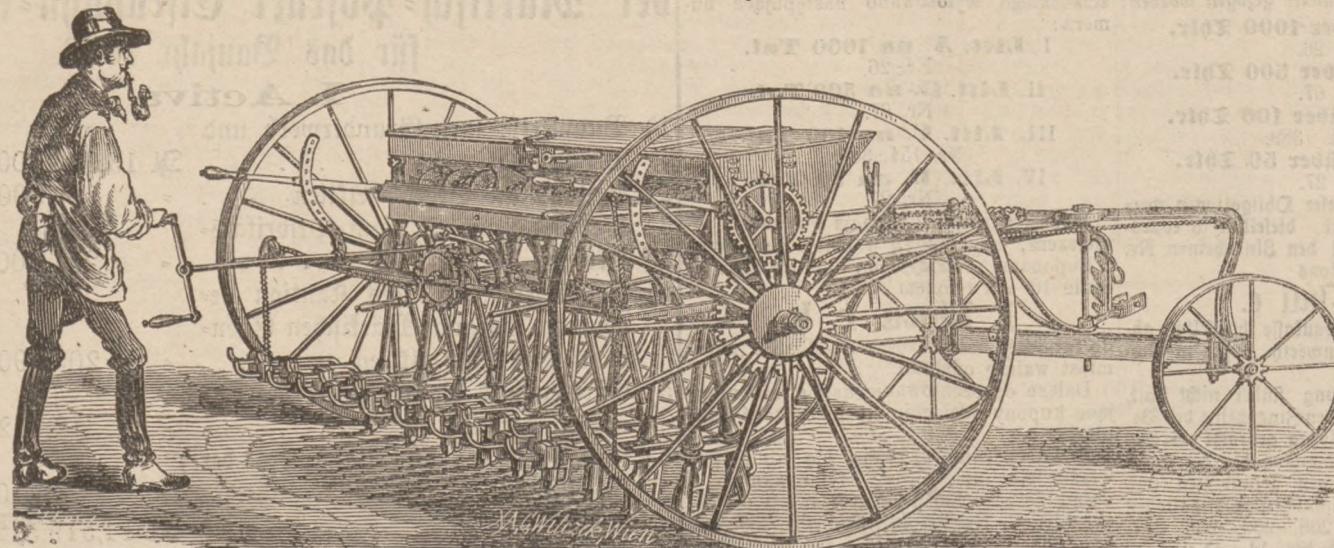
Herrn Dr. Knipinski

und durch Gottes gnädigen Beistand ist meine Mutter wieder hergestellt worden.

Nur durch diese öffentliche Dankdagung kann ich diesem Herrn meinen herzlichsten Dank aussprechen.

Möge ihn der Herr noch lange zum Wohle der leidenden Menschheit erhalten und sein Handwerk stets mit dem besten Erfolge krönen.

Friedländer's Patent-Drill.



fast ganz aus Schmiedeeisen und schmiedebarem Guß, daher ungewöhnlich dauerhaft und leicht; tägliche Produktion 1 Stück.
Nähre Auskunft ertheilt

N. v. Urbanowski.

Posen, Berlinerstraße Nr. 11.



Drillmaschinen
empfehle
den Herren Landwirthen
in allen Spur- u. Reihen-
Fruchten mit u. ohne
Dibbelausz; vorzüglich
meine landst. bekannten,
ofters prämierten
Hundert Morgen Drill à 150 - 160 Thaler,
empfiehle ganz besonders für mittlere und kleinere Wirth-
schaften.
Meine neu konstruirten leichten praktischen Drills billig
die seit Jahren in Hunderten von Exemplaren zur Zufrieden-
heit der Empfänger lieferete.

Diese Drills sind mit allen Vorzügen der grossen theuren
Maschinen ausgestattet, sie haben eine besondere Steuerung,
hohe leichttreibende Räder, Löffel an Stelle der vor vielen
Jahren verworfenen Sattelscheiben, so dass sie für alle Frucht-
gattungen in jedem, wegen ihrer Leichtigkeit auch vor-
züglich copiiren Terrain sehr vortheilhaft anzuwenden sind.

Guanostru-
Maschinen

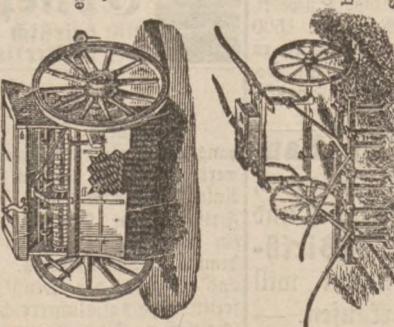
empfehle meine seit
Jahren bewährten,
jeden künstlichen
Dinger
gut steuernden
Maschinen.

Pferde-
haken

lieferne meine
bekannten sehr
brauchbaren leichten
Taylor und
Smith'sche Haken.

Alw. Tatz,
Maschinensfabrik u. Eisengießerei.

Halle a. d. S.



Weißdorn zu Hecken.
Starke zweijährige: pro 1000 4 Thlr. 10 Sgr.,
pro 10,000 40 Thlr.
Starke dreijährige: pro 1000 6 Thlr. 10 Sgr.,
pro 10,000 60 Thlr.

H. Lorberg, Baumwollbesitzer,
Berlin, Schönhauser Allee 152.



Dom. Grzybno hat 6 fette Kühe
zum Verkauf.

Verkauf einer Stamm-
schäferei.

Die Erbauung einer Fabrik bestimmt mich,
meine Stammherde aufzulösen und die Nut-
ztertiere zum Verkauf zu stellen.

Die Herde gehört der Regetti-Race an
und ist unter Beihilfe des Schäferei-Direktors
A. Heine sorgfältig gezüchtet; sie ist ge-
fund und von jeder erblichen Krankheit frei.

Die Thiere haben durchweg große Figuren
bei tiefem, tonnigen Körper, sehr wenig Fal-
ten, ein gedrängtes Blisch mit tiefen, edler,
ausgeglichener und möglichst schwefelfreier
Wolle. Weiteres die Berichte der Schaf-
schäferei.

Das Schergewicht beträgt pr. 100 Stück 4
Ct., der Wollpreis ist ein entsprechend guter.

Die Mutterthiere sind mit ausgezeichneten
Böken gedeckt, die 14 Tage noch zur Ansicht
darstellen.

Dom. Klein-Bauditz bei Bahnhofstation Neu-
markt i. S.

Walter.

Oberhemden

mit den neuesten Einsetzen gut-
sitzend (auch nach Maß) liefert in
allen Größen und Qualitäten
Die Wäschefabrik und Ma-
gazin für Ausstattungen.

Robert Schmidt

(vorm. Anton Schmidt.)

Markt Nr. 63.

Nähmaschinen-Fabrik

von C. G. Lehmann & Co., Berlin,
liest Doppel-Steppstich Maschinen neueste
Verbesserungen, System Wheeler & Wilson
für Familiengebrauch und Fabrikzwecken unter
2jähriger Garantie.

Allein zu haben in Posen bei

Magnus Berndt,

Eisenhandlung, Breitestraße Nr. 20.

פַּסְחָה

Butter, Honig, Kartoffelmehl, verschiedenes
Brotbrot, Gurken, Preßbeeren, Liqueure und
sämtliche Kolonialwaren empfohlen in be-
kannt vorzüglicher Qualität zu den möglichst
billigsten Preisen

Wwe. E. Roeder,
Judenstraße 11.

Kalender des preuß. Volks-Vereins
1870. Das Prämienvord. fiel auf Nr. 225.

Brust- und Lungenseiden
ist Dr. Durogots mexikanischer
Balsam-Thee als sicherstes Heilmittel
zu empfehlen.

Derselbe ist von Dr. Kriebel,
prakt. Arzt in Berlin, Kommandantenstr.
7, à Paquet 1 Thlr. incl. Gebrauchsan-
weisung zu beziehen.

Wilhelmsstraße 13 vacante
Schreiberstelle.

In den, wegen
ihrer vorzüglichen
Einwirkung auf die
Conservirung u. Ver-
schnell beliebt gewor-
denen **Transparent-**
Glycerin-Seifen ist
das bei uns errichtete
Commissionslager nun-
mehr vollständig as-
sortirt.

Als neu empfehlen
wir: **Transparente**
Präsent-Seifen mit
Photographien be-
rühmter Männer und
Frauen, so wie mit
Genre-Bildern, welche
in Paris sehr beliebt.

Wieder verkäfern
gewähren wir den in
der Fabrik üblichen
Rabatt.

Frenzel's
Niederlage.
Wilhelmspl. 6.

Original-Staats-Prämienloose
find gesetzlich gestattet.

Neueste Geldverlosung.

Nur 2 Thaler

baar oder gegen Postanweisung kostet ein
Original-Staatsloos zu der am
20. April d. J. beginnenden großen
Geldverlosung, worin

Mehrere Millionen

in Treffern von 250,000, 200,000,
150,000, 100,000, 80,000,
60,000, 50,000, 40,000, 30,000,
20,000, 15,000, 10,000, 8000,
6000, 5000, 4000, 3000, 2000,
1000 u. w. in der Kürze zur Entschei-
dung gelangen.

Sanje Originalloose 2 Thlr.

Halbe do. 1 -

Wiertel do. 15 Sgr.

Es werden nur Gewinne gezogen.

Die Auszahlung geschieht baar durch
Unterzeichner in allen Städten Deutsch-
lands; Blehungslisten, sowie Pläne wer-
den gratis ausgegeben. Aufträge auf
obige vom Staate garantirte Original-
Loose können zur Bequemlichkeit durch
Postanweisung gemacht werden, und werden
dieselben prompt und unter strenger
Diskretion ausgeführt. Man wende sich
baldigt an das mit der Ausgabe beauf-
tragte Staats-Effekten-Geschäft

von J. Rosenberg,
Hamburg.

Die Ziehung findet nicht früher
als am

20. April.

statt und beziehen sich alle andern
Ankündigungen mit früherem Da-
tum nur auf diese Verlosung.

Wronkerstr. 8

ist von jetzt ab bis zum 1. Oktbr.
ein guter, trockener Keller, zur
Aufbewahrung von Obst und
Gemüse besonders geeignet, zu
vermieten. Weiteres bei

Hartwig Kantorowicz,

Wronkerstr. 6.

Ein möbl. großes 2fenstriges Zimmer vorn-
heraus ist j. v. St. Adalb. 41/42, 3 Tr. links.

Eine geräumige Kellermöhnung von 3 Stu-
ben, Kammer und Budehö, zum Geschäft sich
eignend, ist Berlinerstr. 28 vom 1. April zu
vermieten. Näheres Breitestr. 19. in der
Lederhandlung.

Berlinerstr. 16 ist im zweiten Stock eine
kleine Wohnung zu vermieten.

Saviehplatz 1 Parterre ist zum 1. April
eine große Stube, besonders zum Komptoir sich
eignend, zu vermieten.

Abonnements-Einladung zu dem am 1. April beginnenden II. Quartal.

Die billigste und verbreitetste aller in ganz Deutschland erscheinenden politischen Tages-Zeitungen ist die

Berlin, Verlag von Franz Düncker.
18. Jahrgang. Auflage 25,000 Exempl.

Inhalt: Täglich Leitartikel, Rämerbericht und alle Nachrichten, wie alle politischen Zeitungen, in gedrängter Form. Wer die "Volks-Zeitung" liest, bleibt vor der politischen Weltlage genau unterrichtet. Die entschiedene Tendenz der

"Volks-Zeitung" und ihr unausgesetztes Wirken für die freiheitlichen Interessen des Volkes sind hinfällig bekannt.

Als unentbehrliches Unterhaltungs-Ergänzungsblatt zur Volks-Zeitung dient das "Sonntags-Blatt für Jedermann". Dasselbe erscheint wöchentlich in einem Bogen gr. Quart in eleganter Ausstattung mit Illustrationen. Abonnementspreis: Bei allen Postanstalten vierteljährlich nur

8 $\frac{1}{2}$ Sgr. In jeder Buchhandlung 9 Sgr.

Soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Posen durch

J. J. Heine's Buchhandlung:

Die zehnte, 1869 neu revidierte Auflage vom

Deutschen Kinderfreund.

Lesebuch für katholische Volksschulen,

nach Preuß und Bettek Kinderfreund bearbeitet von einem katholischen Geistlichen. 28

Bogen 8vo. 8 Sgr.

J. H. Bon's Verlagsbuchhandlung
in Königsberg in Pr.

Wir erlauben uns hiermit unsere

Lithographische Anstalt und Steinindruckerei

zu allen in dies Fach einschlagenden gewöhnlichen und feinen Arbeiten, als: Adress- und Visitenkarten, Rechnungen, Quittungen, Circulaires, Wechseln, Anweisungen, Frachtbriefen, Etiquettes &c., bestens zu empfehlen und verichern durch prompte billige Bedienung und geschmackvolle Ausführung uns das Vertrauen des geehrten Publikums erhalten zu wollen.

Posen, 1870.

Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co.

Soeben ist in 181. Auflage erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Posen durch J. J. Heine's Buchhandlung:

Preußischer Kinderfreund. Lesebuch für Volksschulen herausgegeben von Preuß & Bettek. Der neuen umgearbeiteten Ausgabe 70ste ber. Auflage (1869 neu revidirt) mit gratis Beigabe der Heimatkunde der Provinz Posen von Bäck. 8 Sgr. geb. 10 $\frac{1}{2}$ Sgr. Hieraus haben wir Pag. 387—390 enthalten:

Die neuen Maß- und Gewichtsverhältnisse für die Besitzer der älteren Auflagen separat abdrucken lassen und sind davon je 120 Exemplare für 10 Sgr. durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

J. H. Bon's Verlagsbuchhandlung
in Königsberg.

Wer nichts wagt, gewinnt nichts!

Bu den am 20. I. M. beginnenden Haupt-Gewinn-Siebungen der großen, von der hohen Regierung genehmigten und garantierten Geldverloofung, wobei binnen wenigen Monaten die Summen von weit über vier Millionen in Gewinnen von 250,000, 200,000, 190,000, 180,000, 170,000 im glücklichen Fall gewonnen werden müssen, verkaufe ich

amtlich ausgestellte Original-Staatsloose zu 2 Thaler das Ganze, 1 Thaler das Halbe, 15 Groschen das Viertel, gegen Einführung (Posteingehaltung) oder Nachnahme des Betrags.

Amtliche Pläne, die über alles Wissenswerthe Auskunft geben, sowie amtliche Gewinnlisten nach jeder Siebung pünktlich unentgeltlich. Gewinnelder stehen sofort zu Diensten. Für die sichere Ausbezahlung der Gewinnelder leistet den Besitzern der Lose der Staat Garantie! Zu dieser gewinnreichen jede (vom Publikum mit Recht verlangte) Sicherheit bietenden Gewinnerloofung lädt höchst ein

Siegmund Levy,

Staats-Effekten-Geschäft, Hamburg, Bleichen 31.

Für eine achtbare deutsche Familie, unweit der Grenze im Königreich Polen, wird eine Gouvernante gesucht, welche 2 Mädchen Erzieherin jüngerer Kinder und zur Unterstüzung der Haushfrau oder als Gesellschafterin einer älteren Dame. Adressen werden unter Julius Jasse, Posen, Wasserstr. 15.

Ein gebildetes junges Mädchen aus guter Familie, nicht musikalisch, sucht eine Stellung als

Gouvernante gesucht, welche 2 Mädchen Erzieherin jüngerer Kinder und zur Unter-

stützung der Haushfrau oder als Gesellschafterin einer älteren Dame. Adressen werden unter Julius Jasse, Posen, Wasserstr. 15.

Börse-Telegramme.

Berlin, den 25. März 1870. (Wolfs telegr. Bureau.)

Not. v. 24. v. 23. Not. v. 24. v. 23.

Roggen, höher.	lauf. Monat 46	45 $\frac{1}{2}$	45	Bondsbörse: fest, aber fall.
April-Mai 45	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	45	Wk.-Bol. St.-Alt. 58 57 $\frac{1}{2}$ 58 $\frac{1}{2}$
Mai-Juni 45	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	45	Franzosen 217 $\frac{1}{2}$ 219 215 $\frac{1}{2}$
Juni-Juli 45	45 $\frac{1}{2}$	45 $\frac{1}{2}$	46 $\frac{1}{2}$	Landarten 134 $\frac{1}{2}$ 135 $\frac{1}{2}$ 133 $\frac{1}{2}$
Danallkl: nicht gem.	45 $\frac{1}{2}$	45 $\frac{1}{2}$	46 $\frac{1}{2}$	Pr. St.-Schuldsh. 78 78 $\frac{1}{2}$ 78 $\frac{1}{2}$
Rüßl. fest.	14 $\frac{1}{2}$	13 $\frac{1}{2}$	13 $\frac{1}{2}$	Neue Wk.-Bamdbk. 82 81 $\frac{1}{2}$ 81 $\frac{1}{2}$
lauf. Monat 14 $\frac{1}{2}$	13 $\frac{1}{2}$	13 $\frac{1}{2}$	Pos. Rentenbriefe 84 $\frac{1}{2}$ 84 $\frac{1}{2}$ 84 $\frac{1}{2}$	
April-Mai 14	13 $\frac{1}{2}$	13 $\frac{1}{2}$	Pos. Banknoten 74 $\frac{1}{2}$ 74 $\frac{1}{2}$ 74 $\frac{1}{2}$	
Spiritus, behauptet.	15 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{1}{2}$	Poln. U. Pf. 56 $\frac{1}{2}$ 57 57 $\frac{1}{2}$
lauf. Monat 15 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{1}{2}$	1860 Woste 80 80 80	
April-Mai 15 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{1}{2}$	Italiener 55 $\frac{1}{2}$ 55 $\frac{1}{2}$ 55 $\frac{1}{2}$	
Juni-Juli 15 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{1}{2}$	Amerikaner 96 96 95 $\frac{1}{2}$	
Danallkl: nicht gemeldet.	15 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{1}{2}$	Türken 45 $\frac{1}{2}$ 45 $\frac{1}{2}$ 45 $\frac{1}{2}$	
			Rumänen 71 $\frac{1}{2}$ 71 $\frac{1}{2}$ 71 $\frac{1}{2}$	

Stettin, den 25. März 1870. (Marens & Maass.)

Not. v. 24. Not. v. 24.

Spiritus, fest.	Frühjahr 61 $\frac{1}{2}$	61 $\frac{1}{2}$	Frühjahr 15 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{1}{2}$
Frühjahr 61 $\frac{1}{2}$	61 $\frac{1}{2}$	61 $\frac{1}{2}$	Frühjahr 15 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{1}{2}$
Mai-Juni 62	61 $\frac{1}{2}$	61 $\frac{1}{2}$	Mai-Juni 15 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{1}{2}$
Juni-Juli 63	62 $\frac{1}{2}$	62 $\frac{1}{2}$	Juni-Juli 15 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{1}{2}$
Roggen, behauptet.	43 $\frac{1}{2}$	43 $\frac{1}{2}$	April-Mai 13 $\frac{1}{2}$	13 $\frac{1}{2}$
Frühjahr 43 $\frac{1}{2}$	43 $\frac{1}{2}$	43 $\frac{1}{2}$	Sept.-Okt. . . . 12 $\frac{1}{2}$	12 $\frac{1}{2}$
Mai-Juni 43 $\frac{1}{2}$	43 $\frac{1}{2}$	43 $\frac{1}{2}$		
Juni-Juli 44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$	44 $\frac{1}{2}$		

Abonnements-Preis: vierteljährlich nur 25 Sgr.

Man abonniert bei allen Postanstalten in ganz Deutschland und Österreich.

Insetrate

finden in der "Volks-Zeitung" bei 25,000 Exempl. Auflage die weiteste Breitung, à Seite 3 Sgr., Reklame 6 Sgr., Arbeitsmarkt 2 Sgr.

Expedition: Berlin, Laubengasse 27. Exped. Berlin, Laubengasse 27.

Bindungen. Dr. Elvir Faber in Alsfeld mit verw. Frau Marianne Weiß, geb. Franke in Berlin, Rittergutsbesitzer Arthur v. Dörken in Nord-Schönau mit Fr. Louise v. Dörken in Krobnitz, Dr. Simon Arellis mit Fr. Antonie Fiang in Berlin.

Geburten. Ein Sohn dem Hrn. Joachim Grafen Reventlow in Jersbek; eine Tochter dem Hrn. P. C. Andersson und dem Hrn. Emil Schreiber in Berlin, dem Hrn. Herm. Preuß in Breslau.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Berlobungen. Fr. Emma Wittich mit dem Lehrer am Kadettenkorps Dr. Konrad Schottmüller in Berlin, Fr. Elise Hiltmann mit dem Dampfmühlenbesitzer Theodor Seydel in Erieh, Fr. Louise Trinius mit dem Hrn. Eduard Sabbath in Berlin, Fr. Anna von Beurmann in Halle a. S. mit dem Geh. Ober-Rechnungsrath v. Bahrwski in Potsdam, Fr. Anna Schmettau mit dem Hrn. Heinrich Warrelmann in Hannover, Fr. Klara Ratkovsky in Berlin mit dem Kaufmann Julius Ernst in Hermsdorf.

Verbindungen. Dr. Elvir Faber in Alsfeld mit verw. Frau Marianne Weiß, geb. Franke in Berlin, Rittergutsbesitzer Arthur v. Dörken in Nord-Schönau mit Fr. Louise v. Dörken in Krobnitz, Dr. Simon Arellis mit Fr. Antonie Fiang in Berlin.

Geburten. Ein Sohn dem Hrn. Joachim Grafen Reventlow in Jersbek; eine Tochter dem Hrn. P. C. Andersson und dem Hrn. Emil Schreiber in Berlin, dem Hrn. Herm. Preuß in Breslau.

Stadt-Theater in Posen.

Freitag den 25. März. Bei aufgehobenem Abonnement. Sechstes Gastspiel des königl. Hoftheaterspiels Herr **Ferd. Dessoir**.

Nach und Rosita. Lustspiel in 2 Akten von Dr. Aug. Höfner. — Hierauf auf Verlangen zum 2. Male: Ein Berliner in Wien. Posse mit Gefang in 1 Akt von A. Langer und D. Kalisch. Musik von A. Conrad. — Zum Schluss auf sehr vieles Verlangen zum 3. und letzten Male: Aus Liebe zur Kunst. Schwank mit Gefang in 1 Akt von Moser. Musik von Conrad.

Sonnabend den 26. März. Bei aufgeb. Abonnement zum Benefit für Hrn. **Adolph Hamm**. Die beiden Schützen. Kom. Oper in 3 Akten von Alb. Lorzing. — Einlagen: im 1. Akt "Wenn ich einmal der Herrgott wär" von C. Bendner, gesungen v. Hrn. van Gülp; im 3. Akt "Mädchenwünche" von G. Högl, gesungen von Frau Hamm-Koudela. Zum Schluss: Die flämischen Zwillinge. Schwank mit Gesang in 1 Akt.

Billets zu dieser Benefit-Vorstellung des Hrn. Hamm sind schon von heute 3½ Uhr zu haben bei Herrn Caspari, Mylius' Hotel.

Volksgarten-Saal.

Heute Donnerstag d. 24. März

Wandelbilder.

Imitirte Geister-Erscheinungen

(Phantasmagorien).

Entrée an der Kasse 5 Sgr. Tagesbillets 3 Sgr. — Anfang 7 Uhr.

Emil Tauber.

Dans la salle de M. Falk

(Ritterstrasse.)

Dimanche 27 mars de 4 à 5 heure.

Deuxième conference littéraire sur le genre

Oratoire, depuis Bossuet jusqu'au comte de Montalembert.

Dimanche 3 Avril.

Troisième Conference littéraire

Recit sur la Sibérie.

On trouve des billets pour ces deux

conferences dans la librairie de M. Zupanski, Nowa ul. à 10 silbergros pour un billet 15 silberg. pour les deux.

<h

gen wenig verändert, loto p. 2000 Pfd. loto 75 f 76 pfd. 36—38 Rl., 78 f 79. pfd. 39—42 Rl., 80 pfd. 43 Rl., 82 f 83 pfd. 44 Rl., pr. Frühjahr 43 Rl., 45 Rl., f. Ob., Mai-Juni do., Juni-Juli 44 Rl., u. Ob. — Gericke wenig verändert, p. 1750 Pfd. loto pomm. 35—37 Rl., märk. 38—38½ Rl., pr. Frühjahr 69 f 70 pfd. pomm. 36 Br., 70 pfd. 36 Ob. — Hafer matter, p. 1300 Pfd. loto 24—26 Rl., 47 f 50 pfd. pr. Frühjahr 26½ Br., f. Ob., Mai-Juni 26½ Rl., — Erbsen stiller, p. 2250 Pfd. loto Hutter 40—44½ Rl., Koch 45—46 pr. Frühjahr Hutter 46 Br. — Angemeldet: nichts. — Regulierungspreise: Weizen 6½ Rl., Roggen 43½ Rl., Rübbel 13½ Rl., Spiritus 15½ Rl. — Rübbel behauptet, loto 13½ Rl. Br., April-Mai 13½ Rl. u. Ob., Sept.-Okt. 12½ Rl., — Spiritus behauptet, loto ohne Gas 15½ Rl., 16½ Rl., pr. Frühjahr 15½ Rl., 16½ Rl., — Gericke wenig verändert, loto ohne Gas 15½ Rl., 16½ Rl., pr. Frühjahr 15½ Rl., 16½ Rl., — Hering, crownbrand Ihlen 10½ Rl. tr. bz. — Leinamen, Bernauer 11½ Rl. bz., Rigaer 10 bz. — Petroleum loto 8½ Rl. bz., in Auktion 8 Rl. 10 Sgr., 11½ Sgr. per Kasse ohne Abzug bz., pr. Sept.-Okt. 7½ Rl. bz. — Leinöl loto infl. Gas 12½ Rl. Br., pr. Sept.-Okt. 11½ Rl. (Ostl.-Sigr.)

Breslau, 24. März. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat, rotte fest, ordinär 12—13, mittel 13½—15, fein 15½—16½, hochfein 17—17½. Kleesaat, weiße unverändert, ordinär 16—18, mittel 20—21½, fein 23½—24½, hochfein 26—28. — Roggen (p. 2000 Pfd.) höher, pr. März und März-April 43 Br., April-Mai 42½ Rl. u. Ob., Mai-Juni 43½ Rl., Juni-Juli 44½ Rl., Juli-August 45 Br. — Weizen pr. März 58½ Br. — Gericke pr. März 40 Br. — Hafer pr. März 42½ Br., pr. Frühjahr 42½ Br. — Lupinen matter, p. 90 Pfd. 56—61 Sgr., Hutterware 48—52 Sgr. — Rübbel wenig verändert, loto 13½ Rl., pr. März 13½ Rl., April-Mai 13½ Rl., Sept.-Okt. 12½ Rl., — Kapfschalen pr. Etz. 66—68 Sgr. — Leinkuchen pr. Etz. 79—81 Sgr. — Spiritus wenig verändert, loto 14½ Rl., u. Ob., 14½ Rl., pr. März u. März-April 14½ Rl., April-Mai 14½ Rl., Mai-Juni 15½ Rl., u. Ob., Br., Juni-Juli 15½ Rl., u. Ob., Juli-August 16½ Rl., f. Ob. — Birk ruhiger.

Die Börsen-Kommission.

Breslau, den 24. März.

Preise der Cerealien. (Gefestigungen der polizeilichen Kommission.)

	feine	mittlere	ordinär	hochfein
Weizen, weißer	75—77	72	62—68 Sgr.	
do. gelber	70—72	69	62—66	
Roggen	63—52	52	51	
Gericke	45—47	44	40—42	
Hafer	32—33	30	28—29	
Erbsen	56—60	53	46—50	

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Bromberg, 24. März. Wind: West. Witterung: klar. Morgen 20+. Mittags 30+. Weizen 116—122 pfd. 48—51 Thlr., 123—127 pfd. 52—58 Thlr. p. 2125 Pfd. — Roggen 38—40 Thlr. pr. 2000 Pfd. Sollgewicht. — Gericke 33—35 Thlr. pr. 1875 Pfd. — Erbsen 36—40 Thlr. pr. 2250 Pfd. Sollgew. — Spiritus 14½ Thlr. (Bromb. Stg.)

Telegraphische Börsenberichte.

König, 24. März, Nachmittags 1 Uhr. Weizen gestiegen, hiesiger loto 6, 10, fremder loto 6, 7½, pr. März 6, 3½, pr. Mai 6, 7, pr. Juni 6, 7, pr. Juli 6, 8. Roggen fest, loto 5, 5, pr. März 4, 29½, pr. Mai 4, 29, pr. Juni 5, pr. Juli 5, 1. Rübbel matt, loto 14½, pr. Mai 14½, pr. Oktober 13½. Spiritus loto 19.

Breslau, 24. März. Die Börse war für österreich. Kredit- und Lombarden sehr günstig gestimmt bei höheren Kursen, Minerva 9 p.C. niedriger als gestern offiziell. Per ult. fix: Lombarden 135½—134½ bez., österr. Kredit 150½—151½ bez.

Kontraktlich erklärt: 2000 Einr. Roggen Nr. 205 und 206.

[Schlußkurse.] Österreicherische Loope 1860 80 G. Minerva 7½ B. Schlesische Bank 124½ u. 125 G. Österreich. Kredit-Bankaktien 158½ G. Über-schlesische Prioritäten 72½ B. do. do. 82 bz. do. Lit. F. 88½ B. do. Lit. G. 87½ B. do. Lit. H. 87½ B. Rechte Oder-Ufer-Bahn St. Prioritäten 96½ B. Breslau-Schweid.-Freib. 110 B. do. neue —. Über-schlesische Lit. A. u. O. 170½ bz. Lit. B. — Rechte Oder-Ufer-Bahn 89 B. Rosel-Oderberg —. Amerikaner 96½ bz. Italienische Anleihe 55½ bz.

Telegraphische Korrespondenz für Bonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 24. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.

Neue 5 proz. Russen 84, neue 5 proz. Badische 99, Kanadas Prioritäten 74½,

Berlin, 24. März. Die Börse war heute auf gute auswärtige Notirungen sehr fest gestimmt und trat eine entschiedene Haussbewegung ein. Notirungen sehr fest, aber still, nur Amerikaner waren belebt und höher. Eisenbahnen waren im Allgemeinen ziemlich fest, aber wenig belebt; nur Rechte Oder-Ufer gingen in Posten um und Bresl.-Grajemo wurden in vielfach zu 72½ gehandelt. Banken waren gut behauptet. Inländische Bonds und Pfandsbriefe blieben fest bei gutem Verkehr, Dienstbriefe still. Deutsche Bonds unbeliebt. Österreichische anmir, Italiener und Türken, sowie Tabak höher. Russische still, nur Boden-Kredit wurde mit, 1862er englische mehrfach gehandelt. — Der Umsatz in Prioritäten war im Allgemeinen nicht belebt, inländische waren fest, österreichische und russische matt, von ersteren gingen nur ungarische Ostbahn in Posten zu 74½ um. Amerikaner waren in regem Verkehr als in den letzten Tagen bei fester Haltung.

Fonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 24. März 1870.

Preußische Bonds.

Deffauers Kredit-Bl. 10 6½ bz. G Berlin-Stettin 41 — —

Distr. Kommand. 4 137 bz. G Berlin-Stettin 41 — —

Genf. Kredit-Bl. 4 22½ G Berlin-Stettin 41 — —

Geraer Bank 4 99½ G Berlin-Stettin 41 — —

Großh. d. Schuf. 4 109½ G Berlin-Stettin 41 — —

Gothaer Priv.-Bl. 4 102½ bz. G Berlin-Stettin 41 — —

Hannoverische Bank 4 97½ bz. G Berlin-Stettin 41 — —

Königl. Priv.-Bl. 4 97½ bz. G Berlin-Stettin 41 — —

Leipziger Kred.-Bl. 4 117½ G Berlin-Stettin 41 — —

Lugdemburger Bank 4 123½ G Berlin-Stettin 41 — —

Magdebr. Privat. 4 96 bz. G Berlin-Stettin 41 — —

Meininge Kredit 4 122½ etw. bz. G Berlin-Stettin 41 — —

Moldau-Band.-Bl. 4 24½ G voll 73½ G Berlin-Stettin 41 — —

Norddeutsche Bank 4 136 G Berlin-Stettin 41 — —

Deff. Kreditbank 4 159½—158½—9½ bz. G Berlin-Stettin 41 — —

Poznaan Ritterbank 4 91½ bz. ult. do. Berlin-Stettin 41 — —

Posener Prov.-Bl. 4 103½ G Berlin-Stettin 41 — —

Preuß. Bank-Ant. 4 134 bz. G Berlin-Stettin 41 — —

Roslerer Bank 4 114½ G Berlin-Stettin 41 — —

Sächsische Bank 4 127½ bz. G Berlin-Stettin 41 — —

Schles. Bankverein 4 123½ G Berlin-Stettin 41 — —

Thüringer Ban. 4 90½ bz. G Berlin-Stettin 41 — —

Verbindl. Compt. 4 112½ G Berlin-Stettin 41 — —

Wittener Ban. 4 91½ G Berlin-Stettin 41 — —

Präm.-Ant. 4 71½ bz. G Berlin-Stettin 41 — —

Präm.-Anl. 4 67 G Berlin-Stettin 41 — —

Russ. r. v. 3. 1862 5 — —

Russ. r. v. 3. 1862 5 — —

1864 engl. St. 3 90½ G Berlin-Stettin 41 — —

1864 pol. St. 3 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 engl. St. 5 90½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —

1866 pol. St. 8 89½ G Berlin-Stettin 41 — —